



035: 411+

Protokoll

der 1. Sitzung des von der Konferenz in Olten vom 4. februar 1918
eingesetzten Aktionskomitees.

Anwesend sind Grimm, Jlg und Dürr, Bern sowie Reichmann und Rosa Bloch, Zürich. Huggler, Zürich und Schneider, Basel sind entschuldigt. Als Präsident der Kommission wird Grimm, als Sekretär Dürr bezeichnet.

Arbeitsverweigerung der Deserteure und Refraktäre in Niederweningen.

Genosse Grimm erstattet Bericht über das Ergebniss der bisherigen Konferenzen mit Bundesrat Decoppet in der Angelegenheit des Streikes der Refraktäre und Deserteure in Niederweningen. Vorbehältlich weiterer Orientierung soll 1. an Stelle des Soldes das Lohnsystem treten, wobei ein Taglohn von etwa 5 Fr. in Aussicht genommen ist. 2. Die Verpflegung sei nicht zu beanstanden. 3. Die Dauer des Dienstes soll begrenzt werden. Die Einsetzung einer Beschwerdeinstanz solle erwogen werden. Die endgültigen Zugeständnisse sollen in die Form eines Erlasses oder eines Tagesbefehls gekleidet werden.

Der Berichterstatter ist der Meinung, dass, wenn auf dieser Basis abgeschlossen werden könnte, man den Leuten die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen müsse, wobei dies allerdings den Sinn habe, dass die Regelung nur eine vorläufige sei und die Frage zusammen mit der Zivildienstpflicht endgültig gelöst werden müsse.

Genossin Bloch erklärt, dass man die Leute nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit werde bewegen können, bevor die Militarisierung vollständig aufgehoben werde. In Zürich sei das Taglohnsystem mit einem Lohn von 5 - 8 Fr. pro Tag, 2.30 Fr. Verpflegung und 54 Stunden Arbeitszeit pro Woche bereits offeriert, aber abgelehnt worden.

Die Genossen Grimm, Jlg, Reichmann und Dürr sprechen sich dahin aus, dass wir alle Verantwortung für die Folgen ablehnen müssen, wenn die Deserteure und Refraktäre unseren Vorschlag ablehnen sollten. Es dürfe auf keinen Fall geduldet werden, dass einzelne Gruppen Sonderaktionen unternehmen, durch die die Gesamtorganisation gebunden werde.

Genossin Bloch kann sich dieser Stellungnahme nicht anschliessen.

Verhaftung von russischen Flüchtlingen.

Genosse Dürr macht Mitteilung von der Verhaftung zweier russischer Kriegsgefangener, die aus Deutschland geflüchtet und bei der russischen Kriegsfürsorge beschäftigt waren. Die beiden wurden in Bern aufgegriffen, nach Zürich transportiert und nach zwei Tagen Haft zu Meliorationsarbeiten nach Rütihof abkommandiert. Eine Erkundigung bei der Berner Polizei ergab, dass sie damit nichts zu tun hat, sondern dass die Verhaftung durch die Heerespolizei veranlasst wurde. Gründe sind nicht bekannt, es wurde von der Heerespolizei Auskunft verlangt, die noch aussteht.

Verhaftung von Flugblattverteilern.

Genossin Bloch teilt mit, dass in Zürich Leute verhaftet worden seien, die in Niederweningen Flugblätter verteilt hätten.

Grimm ist der Meinung, dass diese Sache in Zürich weiterverfolgt werden müsse. Die Anwesenden sind einverstanden.

Die Forderungen vom 4. Februar.

Genosse Grimm schlägt vor, dass eine Delegation zum Bundesrat geschickt werde, um die Forderungen zu begründen.

Es wird demgemäss beschloffen. Der Aufruf an die Arbeiterschaft soll dem Bundesrat zugesandt und in einem Begleitschreiben die Abhaltung einer Konferenz verlangt werden.

Als Delegierte zu dieser Konferenz werden bezeichnet: Robert Grimm, Konrad Jlg, Fritz Schneider und Karl Dürr.

-Zivil- und Hilfsdienst.

Gen. Grimm teilt mit, dass nach den Auslassungen von Bundesrat Decoppet die nach der Konferenz vom 21. Januar eingesetzte Subkommission nun doch noch eingeladen werden solle, um in der Frage ihr Gutachten abzugeben. Die Weiterverfolgung der Angelegenheit solle bis dahin ruhen. Die Kommission ist einverstanden.

Ausführung des Aktionsprogramms.

Der Vorsitzende schlägt die Bildung von Subkommissionen zur Vorbehandlung der Programmpunkte vor. Es könnte eine Forderungs- und eine Generalstreikkommission bestimmt werden.

Genossin Bloch ist der Meinung, dass das Aktionsprogramm von Basel zur Grundlage der Diskussion gewählt werden sollte, auch sollen lokale Aktionskomitees eingesetzt werden.

Gen. Reichmann empfiehlt, die Presse über die Tätigkeit der Kommission fleissig zu orientieren. Auch über Delegationen im Bundeshaus soll regelmässig berichtet werden. Neue Forderungen brauchen wir keine aufzustellen. Man sollte erst einmal feststellen, was von den bisher eingereichten Forderungen bewilligt ist und was nicht. In das Aktionsprogramm sollte die passive Resistenz aufgenommen werden. Aus der Stellung der Presse zu unseren Forderungen gehe hervor, dass man in den bürgerlichen Kreisen besonderes Gewicht auf unsere Mitarbeit lege. Auch der befristete Generalstreik käme in Frage.

Gen. Dürr spricht sich ebenfalls für die Einsetzung von Subkommissionen aus. Er hält eine gründliche Untersuchung der bisherigen Ergebnisse der Notstandsaktion für zweckmässig, damit man einen Ueberblick gewinne.

Gen. Jlg hält Subkommissionen nicht für zweckmässig, er befürchtet Zersplitterung. Die Kommission solle zusammenarbeiten und eben so oft zusammen kommen, als es nötig sei. Dürr solle das Material zusammenstellen und dann vorlegen, Eventuell könnte es auch gedruckt der Oeffentlichkeit übergeben werden. Die Kommission könne übrigens noch andere Arbeit bekommen. So, wenn die drohende Arbeitslosigkeit einsetze und für Arbeit gesorgt werden müsse.

Es wird beschlossen: Das nötige Material zusammen zu stellen und zu verarbeiten, ferner die beiden vorgeschlagenen Subkommissionen einzusetzen.

Die Forderungskommission wird bestellt aus den Gen. Schneider, Basel, Dürr, Bern und Genossin Bloch, Zürich. Die Generalstreikkommission aus den Gen. Grimm und Jlg, Bern, sowie Huggler und Reichmann, Zürich.

Die Kommission Schneider und Kons. wird Freitag, den 15. Februar abends 8 Uhr auf dem Bureau des Gewerkschaftsbundes in Bern eine Sitzung abhalten. Die Kommission Grimm und Kons. Dienstag, den 12. Februar, nachmittags 1 Uhr in Olten. Samstag, den 16. Februar, morgens 10 Uhr findet in Bern eine Vollsitzung der Kommission statt.

Auf Vorschlag Grimm wird der Sekretär beauftragt, die Geschäftsleitung der Partei zu ersuchen, Gen. Graber als Vertreter der Westschweiz zu delegieren, desgleichen soll der Gewerkschaftsausschuss ersucht werden, Gen. Schürch, La Chaux de Fonds, abzuordnen.

Die Bildung von lokalen Aktionskomitees soll vorläufig dahingestellt bleiben. Die diesen zugedachte Tätigkeit soll von den Unionsvorständen ausgeübt werden.

Genossin Bloch wünscht die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit in das Programm aufzunehmen, auch der Fall Münzenberg soll behandelt werden.

Gen. Jlg spricht sich gegen die Vermengung von diesen Fragen mit dem Aktionsprogramm aus. Er wird von den Gen. Grimm und Reichmann unterstützt.

- 2 -
Die Kommission verständigt sich darüber, dass die Spesen für die von der Partei bezeichneten Mitglieder der Partei, für die vom Gewerkschaftsbund bezeichneten Mitglieder der Gewerkschaftsbund bezahlt.

Allgemeine Unkosten sollen zwischen Partei und Gewerkschaftsbund geteilt werden.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Der Protokollführer:

Karl Dürr.



Protokoll
der 2. Sitzung des Oltenener Aktionsausschusses
Samstag, den 16. Februar, vorm. 10 Uhr im Bureau des Gew. Bundes

Traktanden:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Bericht über die Konferenz mit dem Bundesrat
3. Aktionsprogramm
4. Generalstreikvorlage
5. Verschiedenes.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr bei Anwesenheit aller Mitglieder.

Protokoll. Es wird verlesen und genehmigt.

Huggler teilt einleitend mit, dass eine Sitzung der eidgen. Notstandskommission am Freitag den 15. Februar in Zürich stattgefunden und beschlossen habe, der Partei und dem Gewerkschaftsbund zu beantragen, sie aufzulösen und ihre Funktionen dem Oltenener Aktionsausschuss zu übertragen. Es wird konstatiert, dass dieser Antrag den Absichten des Aktionskomitees entspricht.

Auf Anregung Grimms verständigt man sich darüber, dass die Spesen für sämtliche Mitglieder des Komitees an jeder Sitzung vom Sekretariat zur Auszahlung gelangen und mit den in Betracht kommenden Organisationen periodisch verrechnet werden sollen.

Es kamen einige Schreiben zur Verlesung über den Fall Münzenberg. So von der Sozialdemokratischen Partei und von der Sozialdemokratischen Jugendorganisation. Die letztere verlangt, dass die Zurücknahme der Ausweisung mit allem Nachdruck gefordert werden müsse, die erste will es dagegen nicht zum Konflikt kommen lassen. Bei dieser Gelegenheit wird auch ein Brief des Genossen Münzenberg verlesen, in dem eine Darstellung über das Gespräch mit der Genossin Bloch gegeben ist. Nach dieser Darstellung ist es nicht das Verschulden der Genossin Bloch, wenn an der letzten Parteiversammlung in Zürich gegen Jlg und Dürr Anschuldigungen erhoben worden sind, die sich als falsch erwiesen, es handle sich um ein Missverständnis von Münzenberg.

Auf Antrag Grimm wird der Sekretär beauftragt, der Zürcher Partei vom Sachverhalt Mitteilung zu machen.

Im Anschluss hieran beantragt Genossin Bloch nochmals, die ~~Aus-~~ weisung* Zurücknahme der Ausweisung als Forderung aufzustellen, da Regrat Wettstein in Zürich die Ausweisung als bevorstehend erklärt habe. Es entspinnt sich darüber eine lebhafte Debatte, die das Ergebnis zeitigt, dass beschlossen wird, Münzenberg zur nächsten Sitzung des Aktionskomitees einzuladen.

Bericht über die Delegation beim Bundesrate.

Grimm: Dem Bericht in der Presse ist nicht mehr viel beizufügen. Positives ist, wie zu erwarten, nichts herausgekommen. Man wird die neuen Vorlagen abwarten müssen.

Aktionsprogramm. Auf Antrag Grimm wird die Beratung verschoben, weil die Vorarbeiten noch nicht genügend weit gediehen sind.

Generalstreikvorlage. Die vorberatende Kommission legt einen Entwurf vor, in dem in sechs Abschnitten die Grundsätze für das weitere taktische Vorgehen niedergelegt sind. Der Entwurf wird eingehend beraten und soll in der folgenden Fassung der vereinigten Sitzung des Gewerkschaftsausschusses mit der Geschäftsleitung der Partei vorgelegt werden.

Verschiedenes. Die nächste Sitzung des Aktionsausschusses soll Donnerstag den 21. Febr. mittags 1 Uhr im Aarhof in Olten stattfinden.

Als Termin für die Sitzung des Gewerkschaftsausschusses mit der Partei wird der 1.-3. März in Aussicht genommen. Ort der Konferenz Bern, Volkshaus, Beginn 6 Uhr abends, 1. März.

Schluss der Sitzung 5 Uhr abends.

Der Präsident:

Der Sekretär: *Karl Dürr*

Protokoll

der

III. Sitzung des Oltener Aktionskomitees

Montag, den 25. Februar 1918, nachmittags 4 Uhr
im Aahof in Olten.



Traktanden:

1. Appell
2. Protokoll
3. Mitteilungen und Korrespondenzen
4. Angelegenheit Münzenberg
5. Aufgebot der Hilfsdienstpflichtigen
6. Aktionsprogramm
7. Konferenz von 1. bis 3. März

Appell. Ausser den Mitgliedern des Aktionskomitees sind die Genossen Münzenberg und Platten anwesend. Letzterer wurde von der Partei als weiterer Vertreter im Aktionskomitee bezeichnet. Die Konferenz vom 1/3. März soll darüber Beschluss fassen, ob eine solche Erweiterung stattfinden soll.

Protokoll. Huggler wünscht eine Ergänzung, dahingehend, dass gesagt worden sei, die eidgen. Notstandskommission und das Aktionskomitee sollten die Funktionen der bisherigen Notstandskommission der Arbeiterschaft übernehmen. Ferner wird gewünscht, dass im Protokoll vermerkt werde, dass Münzenberg über die Möglichkeit der Reise nach Russland und über seine Meinung hiezu befragt werden solle.

Mit diesen Ergänzungen wird das Protokoll genehmigt.

Auf Antrag Reichmann wird beschlossen, für die Akten des Aktionskomitees ein Bankfach zu mieten.

Als Vizepräsident des A.K. wird Gen. Jlg gewählt und gleichzeitig bestimmt, dass die Berner Mitglieder des Komitees die Funktion eines engeren Bureaus hätten.

Platten verlangt mit Berufung auf einen Beschluss der Geschäftsleitung (Schriften liegt vor) dass die Protokolle der Sitzungen des A.K. der Geschäftsleitung übermittelt werden. Der Antrag wird aus taktischen Gründen mit 5 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Erweiterung der Kommission. Die Frage, ob das A.K. an der Konferenz vom 1/3 März von 7 auf 11 Mitglieder erweitert werden solle, soll der Konferenz selbst zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Kommission ist der Meinung, dass die Vermehrung nicht mehr als 2 Mitglieder betragen solle, damit die Westschweiz auch vertreten ist.

Angelegenheit Münzenberg. Münzenberg ist anwesend und äussert sich dahingehend, dass nach seiner Meinung der Fall allzu persönlich aufgefasst worden sei. Er müsse indessen vom Standpunkt des Parteiinteresses aus beurteilt werden und da unterziehe er sich ohne weiteres allen gefassten Beschlüssen.

In der anschliessenden Diskussion wurde ~~bedeutend~~ betont, dass man sich bewusst sein müsse, wie weit man gehen dürfe. Eine Volksbewegung könne die Ausweisung nicht auslösen, vorab nicht in der Westschweiz. Zu gegebener Zeit wird man mit Protestversammlungen einsetzen müssen.

Es wird beschlossen, vorerst abzuwarten, im gegebenen Fall aber die nötigen Vorkehren zu treffen, um alles, was möglich ist, zu tun.

Aufgebot von Hilfsdienstpflichtigen. Der Präsident teilt mit, dass aus Zürich und Winterthur Mitteilungen über neue Aufgebote von Hilfsdienstpflichtigen eingelaufen seien, die im Widerspruch stehen zu den gemachten Zusicherungen des Bundesrates. Er schlägt vor, in der Presse eine Proklamation an die Arbeiterschaft zu erlassen, ferner dem

dem Bundesrat zu erklären, dass wir weitere Verhandlungen ablehnen, solange die Sache nicht praktisch erledigt ist. Der Beschluss vom 27. Oktober müsse aufgehoben werden und die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Meliorationsarbeiter vertraglich geregelt werden. Die Konferenz vom Freitag müsse zu der ganzen Frage Stellung nehmen.

Ueber die Frage wird eingehend diskutiert. Insbesondere ist man sich darin einig, dass die Frage der Hilfsdienstpflicht nicht mit den wirtschaftlichen Forderungen verquickt werden dürfe, Die Diskussion umfasst auch die Frage der Anwendung von Kampfmitteln, wenn die Behörden auf der Aufrechterhaltung der Aufgebote beharren. Die Proklamierung der Dienstverweigerung wird nicht als zweckmässig betrachtet, dagegen soll das Mittel der passiven Resistenz und die Einberufung einer ausserordentlichen Kantonsratsitzung ins Auge gefasst werden.

Es wird beschlossen, beim Bundesrat ~~versteiligt zu werden~~ telegraphisch eine Audienz zu verlangen und die Forderung auf Entlassung der Hilfsdienstpflichtigen zu stellen. Desgleichen solle eine Konferenz mit der Zürcher Regierung verlangt werden. zum gleichen Zweck. Die Verhandlungen über den Abschluss eines Arbeitsvertrages sollen abgelehnt werden, bis die Angelegenheit der Hilfsdienstpflichtigen erledigt ist. Ferner soll die sozdem. Kantonsratsfraktion des in Zürich eine ausserordentliche Sitzung verlangen. An die Arbeiterschaft soll ein Aufruf erlassen werden, Die ganze Sache wird an der Konferenz vom Freitag weiterbehandelt.

Aktionsprogramm. Dürr: Den Mitgliedern liegen vor das Programm des Gen. Schneider und des Sprechenden. Das Programm Schneider enthält grundsätzliche Forderungen, allgemeiner Natur, denen man im grossen ganzen wohl zustimmen könnte. Doch wird damit nicht viel zu erreichen sein, da man sich seitens des Bundesrates darauf berufen wird, es werde erwogen, ~~untersucht~~, geprüft, wobei doch nichts geschehe. Er hält es für nötig, ~~Bestimmungen~~ bestimmte, konkrete Forderungen zu stellen, die nur mit ja oder nein beantwortet werden können und für die man auch bei der Arbeiterschaft Verständnis finden könne. Schneider erläutert den Inhalt seines Programms, er glaubt, man könne das eine tun, und brauche dabei das andere nicht zu lassen.

Nach längerer Diskussion wird beschlossen, die Forderungskommission zu beauftragen, zuhanden der nächsten Sitzung in Berücksichtigung der gefallenen Voten ein Programm aufzustellen.

Konferenz vom 1. bis 3. März. in Bern. Die Tagesordnung der Konferenz wird folgendermassen festgesetzt:

1. Appell
 2. Wahl des Tagesbureaus
 3. Berichterstattung über Zivil- und Hilfsdienstpflicht
 4. Weitere Aktionen und Kampfmittel
 5. Forderungen
 6. Eventuelle Erweiterung des Komitees.
- Schluss der Sitzung um 6 Uhr abends.

Der Präsident:

Der Sekretär:

Karl Dürr

Protokoll
der IV. Sitzung des Oltener Aktionskomitees, Samstag, den
2. März im Bureau des Gewerkschaftsbundes Bern.



Traktanden:

1. Appell
2. Protokoll
3. Mitteilungen
4. Aktionsprogramm.

Appell. Ausser dem Gen. Reichmann sind alle Mitglieder anwesend.

Protokoll. Das Protokoll wird nach einer Bemerkung der Genossin Bloch, die wünscht, dass davon Notiz genommen werde, dass sie ebenfalls eine Anzahl von Anträgen begründet habe, genehmigt.

Mitteilungen. Es wird davon Notiz genommen, dass Ingenieur Roesch das Verlangen gestellt habe, zu der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses und der Geschäftsleitung eingeladen zu werden. Das Verlangen wird einstimmig abgelehnt, da Roesch eine zweideutige Rolle spielt und überdies über kein Mandat verfügt.

Aktionsprogramm. Es liegen die Vorentwürfe der Forderungskommission vor, die zerfallen in die "Erwägungen", ausgearbeitet von Genossen Schneider und in die konkreten Forderungen, ausgearbeitet von Genossen Dürr.

Die Entwürfe werden eingehend diskutiert und bereinigt. Man einigt sich in allen Punkten. Der bereinigte und zusammengefasste Entwurf soll der Konferenz als Programm zur Annahme unterbreitet werden.

Bezüglich der Geltendmachung einzelner Forderungen wird beschlossen, der Konferenz zu beantragen, dem Aktionskomitee die Befugnis zu geben, die dringlichsten Forderungen des Programms herauszugreifen und auf dem ihr gutscheinenden Wege zur Geltung zu bringen.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Der Schriftführer:

Karl Dürr



Protokoll
der

V. Sitzung des Aktionskomitees Mittwoch, den 13. März 1918, nachmittags 2½ Uhr
im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Bern.

Traktanden:

1. Appell, 2. Protokoll, 3. Herausgabe des Organes der Jugendlichen,
4. Die wirtschaftliche Aktion, 5. Unvorhergesehenes.

Appell. Ausser den Genossen Eraber und Schürch, Chaux de Fonds, sind alle Mitglieder anwesend. Vom Zentralvorstand der Jugendlichen ist Genosse Arnold delegiert.

Protokoll. Das Protokoll der 4. Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Herausgabe des Organs der Jugendlichen.

Genosse Arnold teilt mit, dass Weisung ergangen sei, es dürften keine Druckschriften herausgegeben werden, die mit der Jugendorganisation in Verbindung stehen. Der Z.V. stehe in Verbindungen mit Kollegen des Wandervogel, die übergetreten seien, um die Frage zu ventilieren, ob deren Zeitung für die Jugendorganisation übernommen werden könne. Sollte dies nicht möglich sein, so werde man die Herausgabe einer illegalen Zeitung oder einer Folge von Flugblättern in Erwägung ziehen. Man sei bereits in Unterhandlung mit einer kleinen Druckerei.

Grimm: Die Herausgabe einer eigenen Zeitung ist schon wegen der Papierrationierung nicht möglich. Dagegen könnten der Jugendorganisation alle 14 Tage 2 Seiten der Parteipresse zur Verfügung gestellt werden. Die Redaktion würde durch den Z.V. der Jugendlichen besorgt, unter Verantwortlichkeit der Redakteure der Parteipresse. Tritt die Leitung der S.J.O. auf unseren Vorschlag ein, so wird in Verbindung mit einer Delegation des Aktionskomitees, eine Konferenz der Redakteure der Parteipresse stattfinden, um das weitere zu besprechen.

Schneider teilt mit, dass die Jugendlichen in Basel gegen dieses Projekt sind. Sie vermuten, man wolle der Jugendorganisation das Rückgrat brechen. Die Vorschläge, die Arnold unterbreitet, sind ein Experiment, das einigemal gelingen kann, dann aber hört es auf. Im Interesse der Jugendorganisation wäre unser Vorschlag der gangbarste Weg zu einer befriedigenden Lösung. Immerhin wollen wir der Jugend unseren beschränkten Raum nicht aufzwingen.

Jlg ist der Auffassung, dass unser Vorschlag bei den Jugendlichen auf starken Widerstand stossen wird. Man sollte es ihnen anheim stellen, zu entscheiden, was sie für zweckmässig erachten. Vielleicht könnte man ihnen entgegen kommen, dass an die Verbände um eine finanzielle Unterstützung gelangt werde.

Reichmann findet die Sache nicht so einfach. Eine Druckerei kostet Geld. Zeigt sich die Möglichkeit, auf einem anderen Weg zur Verständigung zu kommen, so sollte man dies tun. Die Jugendorganisation möge bestimmte Anträge stellen.

Dürr: Auf der von Jlg vorgeschlagenen Basis lässt sich nichts erreichen. Auch dieser Vorschlag ist eine Halbheit. Am zweckmässigsten wäre es auf alle Fälle, wenn die Vorschläge der Konferenz angenommen würden. Im übrigen möge sich der Z.V. der Jugendorganisation darüber klar werden, ob er mit dem Gewerkschaftsbund nicht wieder in ein geordnetes Verhältniss kommen wolle.

Platten: Die Zeitung wird nur unter der Fall ist, werden die Jugendlichen herauskommen können. Wenn das nicht der Fall ist, werden die Jugendlichen von der ganzen Sache nichts wissen wollen. Sie vertreten eben internationalistische Grundsätze und lassen sich da keine Vorschriften machen. Wenn nicht die volle Selbstständigkeit gewährleistet werde, sei es schon besser, man überlasse es der Jugend, die Herausgabe auf illegalem Wege zu versuchen. Er beantragt, keinen Beschluss zu fassen und es der Jugend zu überlassen, bestimmte Anträge zu stellen.

Arnold teilt mit, der Z.V. habe die Beschlüsse der Konferenz begrüsst, doch seien auch gleich Bedenken aufgetaucht. wegen der Selbstständigkeit. Es sollte auf alle Fälle die Jugendorganisation die Beilage selbst zeichnen.

Grimm: Man vergisst, dass es ^{sich} um eine Aktion gegen den Gegner handelt und nicht um eine Aktion innerhalb der Partei. Der Eindruck in der Öffentlichkeit wird ein ganz anderer sein, wenn die Parteipresse eine Jugendbeilage herausgibt als wenn die Jugendlichen mit unzulänglichen Mitteln selbst etwas unternehmen. Der Weg, den Arnold betr. der Verantwortlichkeit vorschlägt, wird an den meisten Orten aus pressgesetzlichen Gründen nicht gangbar sein. Genosse Arnold soll nun von unserer Auffassung Kenntnis nehmen zuhanden des Z.V. der Jugendorganisation. Wir werden unsere Vorschläge noch schriftlich bestätigen. Stimmt die Jugendorganisation zu, so wird das Aktionskomitee das weitere veranlassen.

Wirtschaftliche Aktion.

Grimm berichtet über die Parlamentsverhandlungen bei Anlass des Neutralitätsberichtes. Die Milchpreisfrage ist immer noch nicht abgeklärt. Er schlägt vor, es sei im Parlament eine schriftliche Erklärung abzugeben über unsere Stellungnahme in dieser Angelegenheit, d.h. in dem Sinne, dass wir auf keinen Fall einer Milchpreiserhöhung, die die Konsumenten belastet, zustimmen. Ebenso ist vom Bundesrat Antwort über eine Stellungnahme zur Kartoffelfrage zu verlangen.

Dürr berichtet über die Verhandlungen in der Notstandskommission und bedauert, dass es infolge der auseinandergehenden Meinungen nicht möglich war, zu einem imposanten einstimmigen Beschluss zu kommen. Gegen die Uebernahme der Milchpreiserhöhung war man so ziemlich einstimmig, dagegen wollten die Vertreter des Städteverbandes die Verschleissspannerhöhung auf die Konsumenten abwälzen. Pflüger wollte die Preiserhöhung erst auf den Herbst eintreten lassen, Naine lehnte eine solche überhaupt grundsätzlich ab, während wir uns in der Konferenz dahin geeinigt hatten, die Opposition gegen die Milchpreiserhöhung fallen zu lassen, diese aber auf den Bund abzuladen.

Reichmann: Die Bauern wissen, was sie wollen und auch wir müssen zu einer entschiedenen Haltung kommen, die in diesem Fall dahin geht, den ganzen Aufschlag durch den Bund tragen zu lassen. Dem Bundesrat muss diese Forderung ultimativ mit einem kurzen Termin zur Kenntnis gebracht werden. Wenn er nicht darauf eintritt, hat sofort die zweite Phase des Kampfes einzutreten.

Schneider schliesst sich der Auffassung, dass die Konsumenten nicht betroffen werden sollen, durchaus an, fragt sich aber, trotzdem, ob es gut gewesen sei, dass wir unser Desinteressement dem Preisaufschlag der Bauern gegenüber ausgesprochen haben. Was soll später werden, wenn wir wieder zu normalen Verhältnissen gelangt sind, wenn wir heute den Aufschlag auf den Bund abwälzen?

Platten ist auch der Meinung, dass der Preisaufschlag auf keinen Fall die Konsumenten treffen darf. Es ist aber möglich, dass ein Teil davon auf die Konsumenten abgewälzt wird. Für diesen Fall ist zu erwägen, ob nicht grosse Streikbewegungen, zur Erreichung höherer Löhne zu inszenieren seien. Die Abhaltung von Versammlungen erscheint im gegenwärtigen Augenblick nicht opportun.

Grimm: Platten vergisst die Arbeitslosigkeit, die uns bedroht und die seinen ganzen Plan illusorisch macht. Uebrigens muss die Antwort der Verbände auf unser Fragenschema abgewartet werden. Wir müssen jetzt den Bundesrat zu einer klaren Stellungnahme drängen. Das Ernährungsamt wurde bereits abgelehnt, allerdings mehr aus persönlichen Gründen. Wenn der Bundesrat uns nicht entgegenkommt, müssen wir durch Demonstrationen während der Arbeitszeit unseren Forderungen Nachdruck verschaffen.

Huggler ist der Auffassung, man berücksichtige in den Referaten zu wenig die objektiven Verhältnisse. Die Bauern, die doch auch stark produktiv tätig sind, müssen anders behandelt werden als die Industriellen. Sie haben uns, was die Ernährung betrifft, völlig in der Hand. Wir verschlechtern ganz entschieden die Situation, wenn wir mit ihnen anbin-

den. Es ist aber auch nicht möglich, für jede einzelne Forderung eine große Bewegung durchzuführen, damit stumpfen wir die Leute nur ab. Es sollte immer ein Bündel von Forderungen zusammengefasst werden.

Jlg begrenzt die Diskussion, da wir uns doch über unsere Stellungnahme zur Milchpreiserhöhung einig sind. Er ist mit einer Erklärung im Parlament, wie sie Grimm vorschlägt, einverstanden, wünscht aber, dass die Publikation in der Presse um 8 Tage hinausgeschoben werde, damit sie in den Partei- und Gewerkschaftsorganen gleichzeitig erscheine.

Dürr ist mit Huggler darin einverstanden, dass in der Darstellung der Situation viel gefehlt und die Verhältnisse allzu einseitig dargestellt würden, nur um der Masse zu gefallen. Man sollte hier auf eine Besserung hinarbeiten. Er hält indessen für unmöglich, dass die Forderungen partienweise geltend gemacht werden. Da fällt die Aktualität allzu stark ins Gewicht.

Es wird beschlossen, die von Grimm beantragte Erklärung abzugeben, sodann aber den Gang der Dinge abzuwarten und im Falle der Notwendigkeit einzugreifen.

Diverses.

Jlg macht noch auf die Behandlung der Arbeitslosenfrage durch die Bundesbehörden aufmerksam, die zum Aufsehen mahne. Man will die Unternehmer zur Unterstützungsleistung in einer Weise heranziehen, die sich die Arbeiter aus Gründen der Selbstachtung nicht gefallen lassen können.

Grimm macht Mitteilung davon, dass Gen. Pellizzoni mit einer Suppe, die ihm die Refraktäre in Jns zur Ansicht gesandt haben, dagesessen sei. Es wurde in dieser Sache beim Leiter jetzigen des Meliorationsamtes vorgesprochen. Das Meliorations- und Arbeitsamt ist nun aufgehoben. Der technische Teil wurde dem Volkswirtschaftsdepartement, der militärische dem Militärdepartement angegliedert. Auf unseren Vorschlag soll zur Behandlung der Arbeiterfragen eine dreigliedrige Kommission eingesetzt werden, in welche von uns der Genosse Jlg als Vertreter bestimmt wurde. Die Arbeitsbedingungen müssen ähnlich wie in Zürich geregelt werden.

Redner verlangt noch die nachträgliche Zustimmung des Aktionskomitees zu dem an der Konferenz vom 1.-3. März beschlossenen Aufruf. Diese wird einstimmig gewährt.

Huggler macht noch einige Bemerkungen zu dem vom Sekretariat des G.B. versandten Fragebogen betr. Generalstreik. Er teilt mit, dass er seinerseits eine Umfrage im S.Z.P.V. veranstaltet hat, an die sich auch der S.S.P.V. anschloss. Im weiteren wünscht er, es sei zu den Sitzungen des A.K. auch Genosse Düby einzuladen.

Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden, wenn die Einladung persönlichen Charakter trägt.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Der Sekretär:

Protokoll
der 6. Sitzung des Aktionskomitees, Samstag, den 6. April,
vermittags 8 ½ Uhr, im Hotel Aarhof, Olten.



Traktanden:

1. Appell, 2. Korrespondenzen, 3. Anträge des Parteiverstandes zum Generalstreik, 4. Angelegenheit der Deserteure und Refraktäre, 5. Anträge der Jugendorganisten, 6. Stellungnahme der Verbände zum Generalstreik, 7. Lebensmittelfrage.

Auf Vorschlag Grimm wird die Milchpreisfrage, die durch den Bundesratsbeschluss dringlich geworden ist, vorweg behandelt.

Appell. Reichmann ist entschuldigt wegen eines Streiks in Kreuzlingen, Platten, Graber und Schürch fehlen unentschuldigt.

Protokoll. Das Protokoll der Sitzung vom 13. März wird stillschweigend genehmigt.

Milchpreisfrage. Grimm macht darauf aufmerksam, dass durch den Beschluss des Bundesrates die Angelegenheit ins Rollen gekommen ist. Nicht nur die Arbeiterschaft, auch die Jungfreisinnigen und die Festbesoldeten sind von dem Bundesratsbeschluss stark betroffen. In der jetzigen Situation dürfen wir vor dem allgemeinen Streik nicht zurückschrecken, Es sollte nächste Woche eine allgemeine Konferenz stattfinden, zu der Partei, Gewerkschaftsbund und Föderativverband eingeladen werden sollen.

Verzusehen wären auf die Woche während der Parlamentssession allgemeine Versammlungen während der Arbeitszeit und ultimative Forderungen für den Fall, dass die Versammlungen die gewollte Wirkung nicht hätten.

Huggler ist mit diesen Vorschlägen einverstanden, glaubt aber, man müsse vorher etwas unternehmen. Er schlägt die Absendung eines Telegrammes an den Bundesrat mit dem Verlangen einer Konferenz vor.

Schneider ist ebenfalls der Meinung, es sei dem Bundesrat eine Forderung bezüglich des Milchpreises zu stellen und für den Fall der Ablehnung der allgemeine Streik anzudrohen.

Jlg glaubt nicht, dass eine neue Konferenz mit dem Bundesrat einen Zweck hat. Man kennt dort unseren Standpunkt. Mit der Absendung eines Telegrammes ist er einverstanden.

Dürr ist der Meinung, man solle neben dem Föderativverband auch die Festbesoldeten einladen. Es würde diesen Leuten, die sich manchmal sehr radikal gebärden, gut anstehen, wenn sie mit der Arbeiterschaft die Arbeit einstellen würden.

Es wird beschlossen, folgendes Telegramm an den Bundesrat abzusenden:

"Das Oltener Aktionskomitee hält seine Erklärung vom 14. März aufrecht. Jeder Milchpreisaufschlag ist für die Arbeiterschaft unannehmbar. Wir fordern Uebernahme des ganzen Aufschlages durch den Staat. Die Ablehnung dieser Forderung führt zum Konflikt. Das Aktionskomitee hat den Auftrag, im Falle einer Ablehnung Partei- Gewerkschafts- und Personalverbände zur Einleitung des allgemeinen Landesstreiks einzuberufen. Wir ersuchen um Mitteilung bis 11. April mittags, ob der Bundesrat an seinem Beschlusse vom 3. April festhält oder ob er der Forderung der Arbeiterschaft entsprechen will."

Angelegenheit der Deserteure und Refraktäre. Jlg teilt mit, dass die vom Bundesrat eingesetzte Kommission nunmehr ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Am 4. April wurde ein Arbeitslosenreglement beraten, das im Wesentlichen auf den Beschlüssen des Bundesrates basiert. Die Arbeitsdauer soll 10 Wochen betragen, werauf eine mindestens

halbjährige Pause einzutreten hat. Nicht einberufen sollen werden Familienväter, schon lange Ansässige, Kränkliche und solche, die sich in festen Stellungen befinden. Ferner werden nicht einbezogen solche, die in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelbranche oder im Krankenpflegerdienst beschäftigt sind. Verschiedene Bestimmungen des Reglementes sind nicht ideal. Man wird soviel wie möglich verbessern müssen.

Huggler: Man hätte versuchen müssen, ob es nicht möglich gewesen wäre, das freie Arbeitsverhältnis einzuführen. Am Prinzip des freien Arbeitsvertrages müssen wir solange wie möglich festhalten.

Jlg ist grundsätzlich der gleichen Meinung, doch wird es nicht möglich sein, den Zürcher Vertrag durchzubringen. Das verliegende Reglement soll auf die ganze Schweiz Anwendung finden.

Der Bericht Jlgs wird in dem Sinne entgegengenommen, dass er das Möglichste zur Verbesserung beitrage, event. die Zustimmung verweigere. Ein Schreiben der Geschäftsleitung, für das Los der in Witzwil internierten Niederwenger Refraktäre einzustehen, wird dem Gen. Jlg zur Erledigung überwiesen.

Einladung zur Konferenz vom 12. April. Es wird beschlossen, ausser der Geschäftsleitung der Partei das Bureau der Nationalratsfraktion, den Ausschuss des Gewerkschaftsbundes und den Vorstand des Föderativverbandes einzuladen. Mit dem Vorstand der Festbesoldeten in Bern sollen besondere Besprechungen stattfinden.

Nach langer Debatte werden für den Fall, dass es zum Generalstreik kommt, folgende Forderungen als ultimativ in Vorschlag gebracht: Milchpreisübernahme, Kartoffelbeschlagnahme und Ankauf durch den Bund, Erweiterung der Einkommensgrenzen oder Uebernahme der Aufschläge durch den Bund, Ernährungsamt, Fleischrationierung und Viehhandelsmonopol.

Huggler wünscht Aufnahme der Forderung der Verkürzung der Präsenzzeit der Eisenbahner. Der Konsequenzen wegen sprechen sich mehrere der Anwesenden gegen die Aufnahme ins Programm aus. Schliesslich einigt man sich dahin, dass die Eisenbahner die Forderung aufstellen und wir sie in einem Anhang zu den ultimativen Forderungen unterstützen.

Stellungnahme der Verbände zum Generalstreik. Dürr berichtet anhand einer Zusammenstellung über das Ergebnis der Umfrage. Aus allem geht hervor, dass die Begeisterung keine allzugrosse ist und dass die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen sind. Auch in Bezug auf die Finanzfrage lauten die Berichte sehr zurückhaltend.

Huggler teilt mit, dass das Zugspersonal dem Generalstreik wohl mit 3/4 Mehrheit zustimmen werde. Die Fragestellung des Bundeskomitees scheine dahin zu tendieren, dass die Antworten entsprechend ausfallen.

Es wird beschlossen, die Antworten nicht zu publizieren, sondern sie lediglich der nächsten Konferenz zur Kenntnis zu bringen.

Anträge des Parteivorstandes zur Generalstreikfrage. Der Parteivorstand hat zu Abschnitt IV folgende Anträge gestellt:

" Die Anwendung der ausserparlamentarischen Kampfmittel kann in 4 Phasen eingeteilt werden:

1. Allgemeine Agitation in Volks- und Demonstrationsversammlungen, durch die Presse, Broschüren, Flugblätter, Aufrufe etc.

2. Steigerung der gewerkschaftlichen Aktionen im Kampfe um höhere Löhne durch die üblichen Streiks, wobei darnach zu trachten ist, dass die Streiks der verschiedenen Gewerkschaften möglichst gleichzeitig und gemeinsam durchgeführt werden.

3. Gleichzeitige Demonstrationsversammlungen während der Arbeitszeit.

4. Steigerung der Aktionen durch genau vorbereitete n, mit

strenger Disziplin und ohne Gewalttätigkeit durchzuführenden befristeten Generalstreik und seine allfällige Wiederholung.

Diese Aktionen sind durch parlamentarische Parallelaktionen kräftig zu unterstützen."

Ferner werden zum Kommenaar, (Seite 14) folgende Einschaltungen gewünscht:

" Unter befristetem Generalstreik ist eine Massenarbeitsniederlegung ohne jede Gewalttätigkeit zu verstehen, unter Einhaltung strenger Disziplin und unter Schonung der öffentlichen, ~~Betriebe~~ sowie der für die Volksernährung nötigen Betriebe.

Eine Ausnahme ist zu machen für das Personal der Krankenpflege, der Bestattung, der öffentlichen Betriebe, soweit grasse Schädigungen der Anlagen (Gas- Wasser- und Elektrizitätswerke) entstehen können, sowie für die der Volksernährung nötigen Betriebe."

Der Abschnitt VI soll gestrichen werden.

Dürr ist der Auffassung, dass es Sache des Parteiverstandes gewesen wäre, seine ~~Anträge~~ Meinung an der Konferenz vom 1.-3. März zu sagen und nicht nachträglich mit Abänderungsanträgen zu kommen. Was die Anträge selbst anbetrifft, so liegt es gar nicht in der Kompetenz der Partei, hat überhaupt mit der vorliegenden Frage gar nichts zu tun. Man sollte auf die Anträge gar nicht eintreten.

Schneider stellt fest, dass an der Konferenz nicht der Parteiverstand, sondern die Geschäftsleitung teilgenommen hat. Er hält zwar dafür, dass es nichts geschadet hätte, wenn der Parteiverstand an der Konferenz teilgenommen hätte, denn die gleiche Diskussion wie an der Konferenz hatte man auch im Parteiverstand.

Grimm ist der Auffassung, dass der Generalstreik nicht mehr diskutiert werden kann. Er empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung.

Es wird in diesem Sinne beschlossen.

Anträge der Jugendorganisation. In einem Schreiben des Z.V. wird mitgeteilt, dass der Delegiertentag an Ostern beschlossen habe, auf die durch das Aktionskomitee erfolgte Offerte der Ueberlassung von Raum in der Parteipresse zugunsten der Jugendorganisation einzutreten.

Auf Antrag Grimm wird beschlossen, es seien die Redakteure der Parteipresse und eine Delegation des Z.V. der Jugendlichen auf Donnerstag, den 11. April zu einer Besprechung der Angelegenheit nach Olten einzuladen.

Korrespondenzen. Ein Protestschreiben einer Oltener Versammlung und einer Organisation in einwil gegen Partei, Gewerkschaftsbund und Aktionskomitee wegen ungenügender Wahrung der Arbeiterinteressen wird ohne Antwort beiseitegelegt.

Anträge der Arbeiterunien Zürich, die Ausweisung Münzenberg und die Aufhebung des Verbots der Zeitungen in das Programm aufzunehmen, soll der Konferenz anheimgestellt werden. Das Aktionskomitee ist nicht dafür.

Schluss der Sitzung 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Schriftführer:

Karl Dim

Protokoll
der 8. Sitzung des Aktionskomitees, Montag, den 22. April, 7½ Uhr
früh im Volkshaus Bern.

Traktanden:

1. Appell 2. Milchpreisfrage.



1. Appell. Anwesend sind die Genossen Grimm, Jlg, Schneider, Platten, Schürch, Graber, Dürr, später Dübi. Abwesend sind Huggler, Reichmann, Kaufmann und Allgöwer.

2. Milchpreisfrage. Grimm berichtet über den parlamentarischen Stand der Milchpreisfrage. Im gegenwärtigen Stadium könne das Aktionskomitee die Verantwortung nicht übernehmen. Es müsse der Fraktion Direktive für die Stellung zum ständerätlichen Kompromiss gegeben werden. Nach seiner Meinung sei grundsätzlich an den ersten Beschlüssen festzuhalten: Uebernahme durch den Bund, event. Heraufsetzung der Einkommensgrenzen. Auch müsse man die Beantwortung der übrigen Forderungen verlangen. In Lausanne sei in der Milchpreisfrage eine Resolution angenommen worden, in der nicht der Generalstreik als ultima ratio, sondern das Referendum verlangt werde.

Jlg spricht sein Erstaunen darüber aus, dass bei der wichtigen Sitzung keine Eisenbahner anwesend sind, ohne sie können wir keine weitergehenden Beschlüsse fassen, da ohne sie von einem Generalstreik nicht die Rede sein kann. Die Situation sei heikel, der Kompromiss bringe immer noch 2 Rp. Aufschlag. Die Frage der Verproviantierung der Städte wird mit dem Streik sehr schwierig werden, man müsse daran zweifeln, ob der Generalstreik durchgeführt werden könne.

Schneider: Der Generalstreik kommt zum Vorneherein für die Milchpreisfrage allein nicht mehr in Betracht. Es müssen jetzt die anderen Forderungen herangeholt werden. Wenn man jetzt nachgibt, sind wir erledigt und die Arbeiterschaft wird alles Vertrauen in uns verlieren. Er werde da nicht mehr mitmachen. Den Vertretern der Eisenbahner traue er nicht, es könne aber keine Rede davon sein, dass die übrige Arbeiterschaft den Kampf allein aufnehme. In Basel selber sei die Stimmung günstig.

Platten: Unsere Fraktionshaltung muss das Spiegelbild der Haltung der Massen sein. Die Fraktion war aber in dieser Frage nicht geschlossen. Wir stehen vor der Gefahr, beiseite gestellt zu werden. Ursprünglich haben wir erklärt, es zum Streik kommen zu lassen. Jetzt ist aber des Milchpreises wegen allein ein Kampf nicht mehr möglich. Es muss die Erhöhung der Minimaleinkommensgrenzen gefordert werden. Die Eisenbahner werden ihre Forderungen ebenfalls geltend machen. Wollen wir keinen ernstern Schritt tun, so ist es besser, wir heben das Aktionskomitee auf. Die Forderungen müssen ultimativ gestellt werden. Unterhandlungen gibt es jetzt keine mehr.

Dürr bedauert das Ausbleiben der Eisenbahnerdelegation. Im übrigen hält er mit Grimm dafür, dass an den Forderungen festgehalten werden muss, ohne dass er heute noch an die Möglichkeit des Streikes des Milchpreises wegen glaube. Die Stimmung im Lande herum habe er nicht so begeistert gefunden. Wenn Schneider aus dem Aktionskomitee zurücktreten wolle, betrachte er dies als eine Geste.

Schürch teilt mit, dass die Stimmung auch im Jura nicht so sehr für den Streik sei und man die Arbeiter kaum mehr herausbringe, vielleicht höchstens noch in Chaux de Fonds.

Düby schildert die Gestaltung der Lage bei den Eisenbahnern und das Zustandekommen der veröffentlichten Resolutionen. Wegen dieser Resolutionen liege man sich jetzt in den Haaren. Es seien eine Reihe

von Kundgebungen für und gegen den Generalstreik erfolgt, die zeigen, dass er heute nicht gewagt werden kann. Er bringt ferner ein längeres Schreiben aus Freiburg zur Verlesung, aus dem hervorgeht, dass die Westschweizer für einen Streik des Milchpreises wegen nicht zu haben sind.

Graber gibt ebenfalls Aufschluss über die Stimmung in der Westschweiz. Als Grund der Passivität werde vielfach die Tatsache angeführt, dass Grimm Präsident des Aktionskomitees sei. Er wünscht Aufklärung darüber, wie das A.K. zustande gekommen sei.

Schneider: Es handelt sich für ihn nicht darum, unter allen Umständen den Generalstreik zu haben. Das A.K. sei als mobile Instanz gebildet worden, die jederzeit aktionsfähig sein müsse. Das sei aber nicht der Fall, und deshalb mache er nicht mehr mit. Dass es in der Westschweiz schlecht stehe, hätten wir schon vorher gewusst.

Jlg geht mit einigen Worten auf die Entstehung des A.K. ein. Gegenüber Schneider bemerkt er, dass dieser über die Aussichten eines Generalstreiks keinen Ton gesagt habe. Er zählt ferner auf, was das A.K. bisher geleistet habe und ist der Meinung, dass sich das schon sehen lassen dürfe.

Grimm spricht aus, dass es für uns gelte, die Milchpreisfrage praktisch zu regeln. Das Mass des Entgegenkommens des Bundes hänge von der Art unseres Vorgehens ab. Was die französische Schweiz betrifft, werde er sofort zurücktreten, wenn er ein Stein des Anstosses sein solle.

Platten: Wenn wir vom Generalstreik sprechen, wird es sich nicht um einen Befehl von oben handeln, sondern er wird von unten kommen. Die Demission Grimm solle man nicht berücksichtigen. Er ist nicht wurmstichig.

Graber spricht sich gegen die Demission Grimms aus.

Schneider bemerkt, dass die Basler event. dem Kanton den auf sie fallenden Teil des Aufsvhlages überbinden werden.

Dürr hält die Behandlung der Generalstreikfrage im jetzigen Moment an der Konferenz nicht für opportun, weil dadurch die Aktion nur gelähmt werden könnte.

Die Anträge Grimm, wonach wir an den früheren Beschlüssen festhalten und keinem Kompromiss zustimmen, werden angenommen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr.

Der Protokollführer:

Karl Dürr

Protokoll
der 8. Sitzung des Oltener Aktionskomitees, Samstag den 4. Mai, vor-
mittags 9 Uhr im "Aarhof" in Olten.



Traktanden:

1. Appell, 2. Vorlesen des Protokolles, 3. Korrespondenzen, 4. Beschlussfassung über weitere Massnahmen, 5. Verschiedenes.

Appell. Mit Ausnahme von Schürch und Graber sind alle Mitglieder anwesend.

Protokoll. Die beiden letzten Protokolle werden verlesen und genehmigt.

Korrespondenzen. Es werden Schreiben der Arbeiterunionen Arbon und der Metallarbeiter in Oerlikon verlesen, in denen sich diese mit den Beschlüssen des A.K. einverstanden erklären.

Beschlussfassung über weitere Massnahmen. Grimm glaubt, man könne nun zu den weiteren Fragen Stellung nehmen. Es scheine, dass die Ministerkrise vorerst beigelegt sei. Es ist notwendig, dass wir zusammenhalten. Huggler: Die Position des A.K. sollte klargestellt werden. Wir haben keine Kompetenzen. Entweder haben wir Verantwortung und damit Kompetenz oder nicht. Die Arbeiterschaft muss hierüber aufgeklärt werden. Grimm macht darauf aufmerksam, dass dies an der letzten Konferenz besprochen worden sei. Jlg wünscht eine Aussprache, um festzustellen, ob wir noch zusammenarbeiten können. Ein Flugblatt, das in Zürich herausgegeben wurde, lässt vermuten, dass ihm Leute aus dem A.K. nahestehen. Redner ist auch mit dem in der Presse erschienenen Communiqué nicht einverstanden, da die letzte Konferenz keinen Generalstreik beschlossen hat. Platten verwahrt sich dagegen, als habe er über die Diskussionen im A.K. Drittpersonen unterrichtet. Er hat einzig in der Geschäftsleitung Bericht erstattet. Zu den Verfassern des Flugblattes habe er keine Beziehungen. Schneider: Der Beginn der Diskussion scheint zu ergeben, dass wir uns aussprechen müssen. Er habe in der Milchpreisfrage immer eine besondere Stellung eingenommen, sich aber den Beschlüssen gefügt. Etwas anderes sei es aber, wenn das A.K. durch seine Stellungnahme zum Gespött werde. Huggler: Wir müssen festes Terrain unter den Füssen haben und uns von den Verbänden Kompetenzen geben lassen. Das A.K. muss wissen, ob es berechtigt ist, einen Druck auszuüben. Dürr: Sicher sind die Folgen eines Streiks für die Gewerkschaften viel schwerwiegender als für die Partei. Darum ist Vorsicht am Platze. Sie müssen damit rechnen, dass nach dem Streik Aussperrungen und Massregelungen einsetzen und dass sie dann für die Unterstützungen aufkommen müssen. Reichmann weiss nicht, wer das Flugblatt verfasst hat, auf alle Fälle hat er damit nichts zu tun. Er werde im A.K. mitarbeiten, solange nichts anderes beschlossen wird. Wir müssen auf alle Fälle sehen, dass uns die Sache nicht über den Kopf wächst. Der Z.V. der Holzarbeiter ist gegen alle Sonderaktionen und wird auf keinen Fall Hand dazu bieten, dass solche durchgeführt werden. Kaufmann wünscht, dass formell in Verhandlungen eingetreten werde. Jlg verweist darauf, dass alle Beschlüsse des A.K. einstimmig gefasst worden sind. Platten: Die Berichterstattung hat auch nie von Gruppen gesprochen.

Damit wird die Auseinandersetzung als erledigt betrachtet.

Düby berichtet über den Stand der Milchpreisfrage in der Notstandskommission. Dürr und er hätten den Standpunkt der Arbeiterschaft energisch vertreten in der Meinung, den Antrag der Fraktion hochzuhalten. Es seien schliesslich Anträge gestellt worden zur Erweiterung der

Einkommensgrenzen zum Bezug der Milch für 27 Rp. nebst einer Variante zum Bezug für 33 Rp. Dem Bundesrat sind diese Anträge zur Auswahl unterbreitet worden. Dürr ist dafür, dass man den Anträgen zustimmt und dies dem Bundesrat mitteilt mit dem Verlangen, auf keinen Fall unter die Anträge zu gehen. Huggler hat Bedenken, ob es gelingen werde, die Eisenbahner weiter zu interessieren, wenn wir nicht mehr für sie tun. Die vorliegenden Anträge, insbesondere der erste, tragen ihnen zu wenig Rechnung. Man müsse versuchen, den Kreis der Bezüger billigerer Milch (27 Rp.) zu erweitern als auch die Einkommensgrenzen für den Bezug von Milch zum bisherigen Preis (33Rp.) zu erweitern. Platten: Wir müssen bei der Antragstellung eine gewisse Beharrlichkeit an den Tag legen und dürfen nicht stets neue Anträge formulieren. Redner ist für Festhalten an den gestellten Anträgen. Kaufmann: Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Grosse Kreise sind übel dran, sie müssen berücksichtigt werden. Jlg ist einverstanden, dass man an den Anträgen festhält, wir müssen dazu kommen, Forderungen zu stellen, dass der Bund die gesamten Preisaufschläge übernimmt. Schneider: Mangold habe in Basel die Meinung geäußert, dass eine gewisse Abstufung zum Bezug billigerer Lebensmittel nach den Einkommensgrenzen Platz greifen sollte. Es frage sich, ob das im Interesse der Arbeiter liege. Dürr gibt hierüber Auskunft. Es sind solche Abstufungen tatsächlich schon vorhanden und man wird dagegen auch nichts einwenden können, da damit verhütet werde, dass grosse Familien mit verhältnismässig kleinem Einkommen armengenössig werden. Grimm: Wir sollten vom Bundesrat verlangen, den Anträgen der Notstandskommission so bald wie möglich zuzustimmen. Sodann müssen wir zu den übrigen Forderungen Stellung nehmen. Es sei zu prüfen, ob wir zu diesem Zweck direkt mit dem Bundesrat verhandeln wollen. Auch die Brotfrage werde aktuell.

Es wird beschlossen, nach Antrag Grimm vom Bundesrat die baldige Erledigung der Milchpreisfrage im Sinne der Anträge der Notstandskommission zu verlangen und bezüglich der übrigen Forderungen eine Konferenz zu verlangen.

Grimm: Es bleibt nun weiter zu beschliessen, ob wir die Forderungen erweitern wollen. Vorerst müssen wir der Arbeiterschaft die ganze Lage auseinandersetzen. Unsere Aktion kann nicht von einem Maximalprogramm ausgehen. Wir sollten unsere Programmforderungen in Broschürenform erläutern und dabei auf alle die Schwierigkeiten verweisen, die sich uns entgegenstellen. Wir könnten noch weitergehende Forderungen aufstellen, haben aber Rücksicht zu nehmen auf die allgemeine politische Situation. Das zeigen uns die Vorgänge in der Ukraine. Wenn unsere Arbeit beendet ist, können wir sie dem einzuberufenden Kongress als Material überweisen. Platten ist sich darüber klar, dass dieser Generalstreik ein Fiasko bedeuten würde. Jeder Generalstreik geht kaputt, der sich an Theorien saugt. Ich lehne es ab, ein Wttrennen mitzumachen mit einem Maximum von Forderungen. Wir müssen das Aufstellen von Forderungen jeder Gewerkschaft überlassen, sie sollten, was sie für nötig hält. Ein einheitlicher Ausbruch wird so wenig erwartet werden können wie eine gleich lange Dauer. Sache des A.K. ist es, politische Forderungen zu begründen. Kommt es zum Streik, so muss eine längere Zeit in Aussicht genommen werden. Huggler ist nicht in allen Teilen der gleichen Auffassung. Wenn gleiche Fragen uns zur Aktion drängen, werden wir uns verständigen müssen. Unsere Stellung ist schwierig. Es kann nicht unser Ziel sein, der Bewegung einen Ausdruck zu geben, der nicht der inneren Psychologie der Massen entspricht. Er habe daher gegen die in Aussicht genommene Broschüre Bedenken. Der Gegener wird schliesslich sagen, dieses A.K. ist uns nicht gefährlich. Jlg konstatiert mit

Genugtuung, dass er mit Platten einig gehe. Er habe aber gegen die Broschüre ebenfalls Bedenken. Sie könne ins Gegenteil umschlagen. Gegenüber dem Unternehmertum hätten wir mit Generalstreiksforderungen nichts zu gewinnen. Den Standpunkt von Huggler kann er nicht teilen. Die Eisenbahner brauchen zum Streik die übrigen Arbeiter nicht, sie legen den Betrieb ganz allein still. Er gibt Platten Aufschluss über die vom Metall- u. Uhrenarbeiterverband im Jahre 1917 geführten Bewegungen. Reichmann hält es für verfehlt, ein Maximalprogramm aufzustellen, das Wirtschaftsprogramm solle ordentlich durchgekaut werden. Wir wollen einmal sehen, wie weit der Bundesrat entgegenkommt. Die gegenwärtigen Verhandlungen mit Deutschland zeigen unsere schwierige Situation. Das A.K. sollte einen technischen Plan aufstellen für die Durchführung eines allgemeinen Streiks. Von Partei- und Gewerkschaftskongress nach altem Rezept verspreche er sich nichts. Zweckmässig scheint ihm dagegen ein allgemeiner Arbeiterkongress mit proportionaler Vertretung. Die projektierte Broschüre solle orientierend sein und von den Kongressteilnehmern vorher studiert werden. Schneider: Ich habe mein Verbleiben im A.K. xmx von der Stellungnahme zu verschiedenen Fragen abhängig gemacht. Eine unehrliche Taktik kann ich nicht unterstützen. Das A.K. hat sich in der Milchpreisfrage Kompetenzen herausgenommen, die von der Konferenz nicht anerkannt worden sind. Die Gewerkschaftsvorstände müssen dem A.K. bestimmte Kompetenzen geben. Einen Arbeiterkongress können wir nicht einberufen, wenn er keine bindenden Beschlüsse fassen kann. Dürr ist in der Hauptsache ebenfalls mit Platten einig. An den nötigen Kompetenzen habe es dem A.K. nicht gefehlt, dagegen schreckte es vor der alleinigen Verantwortung zurück. Mit der Ausarbeitung einer Broschüre ist er einverstanden, nicht aber damit, dass solche Forderungen aufgestellt werden, die nur theoretischen Charakter tragen. Düby: Schneider hat den Eisenbahnern nach dem vorliegenden Protokoll ein Misstrauensvotum ausgestellt. Er fasse das aber nicht persönlich auf. Man müsse sich bei der Würdigung der ganzen Lage vor Augen halten, dass die Eisenbahner in den letzten Jahren doch bedeutende Fortschritte gemacht haben. Es sei eine gewaltige Erziehungsarbeit geleistet worden. Kaufmann ist mit seinem Vorredner einverstanden. Viele Eisenbahner würden heute noch direkt versagen. Das A.K. müsse sich auf einen realen Boden stellen, auf dem wir arbeiten können. Grimm konstatiert, dass ein Gegenantrag nicht gestellt ist. Auch er ist der Meinung, dass die Kompetenzfrage geregelt sei, wir aber die Verantwortung nicht übernehmen konnten. Es wäre von allen Seiten Opposition gemacht worden. Wir müssen Erziehungsarbeit leisten und das A.K. ausbauen. Es sollte nun jemand mit der Ausarbeitung der Broschüre betraut werden. Nachher sollen die Mitglieder des A.K. ihre Meinung zu der Arbeit äussern. Einem Arbeiterkongress nach Vorschlag Reichmann wäre er nicht abgeneigt.

Grimm wird sodann mit der Ausarbeitung der Broschüre beauftragt.

Grimm macht darauf aufmerksam, dass auf den ersten Mai auf verschiedenen Plätzen Truppen zusammengezogen seien, um gegen die Arbeiter vorzugehen. Diesem Skandal dürfe man nicht zusehen. Er bringt die Herausgabe eines Flugblattes in Vorschlag, in dem die Soldaten aufgefordert werden, sich nicht gegen das Volk missbrauchen zu lassen.

Der Vorschlag wird angenommen und soll das Nötige veranlasst werden.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Der Protokollführer:

Protokoll
der

9. Sitzung des Oltener Aktionskomitee, Montag, den 17. Juni
10 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes in Bern.



Traktanden:

1. Appell, 2. Korrespondenzen, 3. Stellungnahme zur wirtschaftlichen Situation.

An der telegraphisch einberufenen Sitzung sind ausser Allgöwer und Düby, die entschuldigt sind, alle Mitglieder anwesend.

Korrespondenzen: Der Sekretär bringt eine Reihe von Schreiben zur Verlesung. Die Metallarbeitergewerkschaft St. Gallen protestiert gegen die Einschränkung der Zusatzbrotkarten für Schwerarbeiter. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nicht um eine Einschränkung, sondern um eine schärfere Handhabung der bezüglichen Bestimmungen handelt, an deren Aenderung leider nicht gedacht werden könne, so lange die Getreidezufuhren nicht grössere werden.

Die Geschäftsleitung der Partei und der Zentralvorstand der Jugendorganisation verlangen, dass man beim Bundesrat vorstellig werde, um die Ausweisung Münzenberg solange zu sistieren, bis die Möglichkeit der freien Abreise nach freier Wahl gegeben sei. Nach den Erklärungen von Bundesrat Müller im Nationalrat wurde eine Audienz jedoch für überflüssig gehalten. Das Sekretariat beschränkte sich auf eine schriftliche Darlegung des Sachverhaltes in einem Schreiben an den Bundesrat.

Die Metallarbeitergewerkschaft Winterthur teilt mit, dass sie sich in zwei Unionsversammlungen mit den Ernährungsfragen befasst habe und z.H. des Aktionskomitee folgende Anträge stelle:

1. Erweiterung der Notstandsaktion auf höhere Einkommen und weitere Bedarfsartikel
2. Ausfuhrverbot auf sämtliche notwendigen Lebensmittel
3. Verbot weiterer Preissteigerungen für die Dauer des Krieges oder Uebernahme durch den Bund.
4. Sofortige Organisierung von Massenspeisungen
5. Festsetzung von Mindestlöhnen für Angestellte und Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe, entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen.
6. Gleichstellung der Arbeiterschaft mit den Produzenten bei der Lebensmittelrationierung
7. Kartoffelbeschlagnahme pro 1918 und Ankauf durch den Bund
8. Aufhebung der bundesrätlichen Verordnung betreffend Deserteure und Refraktäre
9. Enteignung aller über 10 % hinausgehenden Kriegsgewinne
10. Erteilung von Kompetenzen an das Aktionskomitee für Durchführung aller notwendigen Massnahmen.

Diese Forderungen werden auch unterstützt durch die Metallarbeitergewerkschaft Arbon.

Das Schreiben ist vom Sekretär persönlich beantwortet worden. Im weiteren soll über den Inhalt bei Punkt 3 der heutigen Verhandlungen gesprochen werden.

Der Grütliverein ^{Gent} Bern spricht in einem Schreiben sein Missfallen darüber aus, dass das A.K. in seinen Massnahmen auf halbem Wege stehen geblieben sei.

Stellungnahme zur wirtschaftlichen Situation. Grimm legt den Entwurf zu einem Aufruf vor, der in der Parteipresse zu veröffentlichen sei. Die Arbeiterorganisationen sollen zur Vornahme von Demonstrationen im Laufe

dieser Woche aufgefordert werden, um die parlamentarische Behandlung der Wirtschaftsfragen zu erzwingen. Wenn, wie beabsichtigt, die Session diese Woche geschlossen werde, können die sehr dringlichen Wirtschaftsfragen nicht mehr behandelt werden. Es müssen auch Richtlinien aufgestellt werden über die dringlichsten Forderungen. Das sei in dem Aufruf vorgesehen. Verlangt werde:

Verlängerung der Sommersession der Bundesversammlung
Schärfere und gleichmässigere Rationierung aller notwendigen

Lebensmittel
Einheitliche Organisation der Wirtschaftsversorgung in den

Kantonen
Kontrolle und Erfassung aller vorhandenen Waren und Hamsterlager
Beschlagnahme und Ankauf der gesamten Kartoffelernte durch den

Bund

Erweiterung der Notstandsaktion

Uneingeschränkte Wiederherstellung des Asylrechtes

Grimm erläutert das Programm des Näheren anhand von Beispielen aus der Praxis. Huggler gibt seinem Erstaunen Ausdruck über die telegraphische Einberufung. Man sollte den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich einzurichten. Er frage sich überhaupt, ob wir noch das Recht haben, zusammenzutreten, nachdem die Geschäftsleitung uns die Kompetenzen bestreitet. Mit den Forderungen sei er einverstanden, bezweifle aber, ob wir das Recht haben, Demonstrationsversammlungen einzuberufen. Man könne es den Massen überlassen, ob sie demonstrieren wollen oder nicht.

Platten wünscht zu wissen, ob unter Erweiterung der Notstandsaktion auch die Erhöhung der Militärnütunterstützung verstanden sei. (wird bejaht.) Von dieser Aktion brauchen wir uns nicht viel zu versprechen. Es wird sich drum handeln: Will das A.K. überhaupt etwas tun, um die Forderungen durchzusetzen. Das A.K. muss sich klar sein, dass wir unter Umständen in einen schweren Kampf treten müssen. Scheuen wir dies, so ist es schon besser, wir lösen das A.K. auf. Er habe den Eindruck, dass es da weniger auf die Kompetenzen ankomme. Um volle Klarheit zu erhalten, beantragt er, es sei eine allgemeine Konferenz einzuberufen, um sich Vollmacht geben zu lassen, im anderen Falle gebe es nichts als die Demission.

Schneider ist mit dem Programm einverstanden. Er beurteile die Situation pessimistisch. Können wir auf die Behörden einen Druck ausüben? Diese Frage kann nur bejaht werden, wenn wir wirksame Massnahmen ergreifen. Er bedaure die lokalen Aktionen. Wir kommen damit zu keinem Ziel, da die Kantone vielfach die Macht nicht haben, die Notlage zu beheben. Redner ist in Bezug auf die Demonstrationsversammlungen pessimistisch.

Reichmann stellt den Antrag auf Auflösung des A.K. Es sei noch nie eine Sitzung abgehalten worden ohne Kompetenzstreitigkeiten.

Dürr bedauert, dass wir in jeder Sitzung das gleiche Streitfragen behandeln müssen, aber nie zu einem praktischen Resultat kommen. Die Aufgaben des A.K. liegen nach seiner Meinung darin, dass wir die wirtschaftliche Lage eingehend prüfen und je nach dem Ergebnis praktische Vorschläge machen. Er hält das A.K. für wichtig und würde es beibehalten, wenn es aufgelöst würde. Es sei dazu da, den Kontakt zwischen Bundeskomitee und Geschäftsleitung herzustellen, Die Kritik brauche man nicht allzusehr zu fürchten. Mit dem Programm erklärt er sich einverstanden.

Graber: Die Situation ist so, dass praktische Arbeit geleistet

werden muss. In Chaux de Fonds wurde diese Arbeit von der sozialistischen Kommune in Angriff genommen ~~worden~~, was Redner des Näheren auseinandersetzt.

Grimm bemerkt, dass man in Bern ähnliche Wege beschritten habe. Es sei jedoch untunlich, ein spezialisiertes Programm aufzustellen, weil die Verhältnisse nicht überall dieselben seien und die Situation täglich wechsele. - Nun gelte es die Massen aufzurufen. Gelingen dies nicht, so sind nicht wir, sondern sie, (die Massen) desavouiert. Seitens der Partei seien Eifersüchteleien im Spiel. In der nächsten Sitzung des Parteivorstandes müsse darüber eine Abklärung erfolgen.

Jlg. Auch ein Generalstreik wird uns nicht zum Ziele führen. Wollt ihr ihn haben, so probiert ihn. Die Stimmung in den Massen ist nicht so aggressiv, sie werde vorzugsweise in den Delegiertenversammlungen gemacht. Er erläutert dies an dem Beispiel von Winterthur, wo trotz grosser Worte die Bewegung zu versanden drohe, weil die Arbeiter bei Sulzer nicht zu haben sind.

Reichmann gefasst die Demonstration nicht. Wir können uns damit nur blamieren.

Platten: Die Möglichkeit eines Generalstreiks mit den Forderungen des A.K. habe er stets bezweifelt und darauf verwiesen, dass neben diesen Forderungen solche in den Berufen gestellt werden müssen. Wichtig ist es für uns im gegenwärtigen Moment, der Verteilungsfrage unsere Aufmerksamkeit zu schenken.

Kaufmann: Mit der Kundgebung werden wir tauben Ohren predigen. Nicht das A.K. ist schuld, wenn nicht mehr erreicht wurde, sondern die Arbeiterschaft selber. Mit dem Generalstreik hätten wir, so wie die Dinge liegen, Fiasko gemacht. Auch mit der Demonstration werden wir keinen Erfolg haben.

Huggler: Die Arbeiterschaft ist politisch nicht reif, um die Situation zu verstehen. Wenn der Generalstreik nicht möglich ist, ist auch zu sagen, dass damit auch ein Teil der Führer nicht einverstanden ist. In der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist viel zu machen. Die souveräne Wirtschaftsherrlichkeit der Kantone ist es, gegen die wir Front machen müssen. Auch müssen wir dahin wirken, dass die Selbstversorger in ihren Bezügen gekürzt werden.

Grimm teilt aus seiner Praxis mit, dass er Gelegenheit hatte, einer Feststellung über die Butterversorgung in Zürich beizuwohnen, da gerade von dorthier die meisten Reklamationen über Zurücksetzung in der Zuteilung gekommen seien. Die Untersuchung habe ergeben, dass Zürich nicht schlechter, sondern besser als andere Kantone versorgt worden sei. Der Fehler müsse also an der Organisation liegen.

Die Anträge auf Aufhebung des A.K. werden zurückgezogen, die von Grimm verfasste Kundgebung wird ohne Aenderung akzeptiert. Die Nationalratsfraktion soll unverzüglich Stellung nehmen und die nötigen Anträge stellen.

Im übrigen soll die Sitzung des Parteivorstandes abgewartet werden.

Schluss der Sitzung 1 Uhr.

Der Schriftführer:

Karl Jürg

P r o t o k o l l
der

10. Sitzung des Aktionskomitee, Samstag, den 20. Juli 1918, nachmittags
1 Uhr im Restaurant O l t e n - Hammer.

Traktanden :

1. Appell, 2. Protokoll, 3. Arbeiterkongress, 4. Verschiedenes.

Anwesend sind die Genossen Graber, Grimm, Kaufmann, Platten, Schneider und Belina.

Das Protokoll der Sitzung vom 17. Juni wird verlesen und genehmigt.

Grimm berichtet über die bisherigen Vorarbeiten zum Kongress. Infolge der Grippeepidemie wurden vom Berner Gemeinderat alle Versammlungen verboten, so dass wir uns heute darüber schlüssig werden müssen, ob der Kongress verschoben oder aber an einen anderen Ort verlegt werden soll. In Betracht käme in letzterem Falle Aarau oder Basel, da auch im Kanton Solothurn ein Verbot besteht und Olten somit nicht in Frage kommen kann.

Das Komitee stimmt vorerst dem erlassenen Aufruf zu.

Graber wünscht eine Verlegung nach Aarau.

Genosse Belina wird sodann beauftragt, Montag in Aarau zu sehen, ob ein Lokal erhältlich ist und die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Sollte in Aarau die Abhaltung unmöglich sein, so bleibt die Wahl des Ortes dem Bureau überlassen.

Platten ist mit dieser Kompetenzdelegierung einverstanden, es sollte unter allen Umständen dahin gestrebt werden, dass der Kongress stattfindet.

Grimm teilt mit, dass Huggler die Einladung des Föderativverbandes wünsche. Das Komitee stimmt dem bei, der Föderativverband soll eine offizielle Delegation ohne Rücksicht auf seine Mitgliederzahlen abordnen.

Platten wirft die Frage auf, ob nicht auch die Sovietgesandtschaft einzuladen sei.

Grimm ist dagegen, da wir keine Begrüssungsansprachen wollen und den schweizerischen Charakter des Kongresses wahren müssen.

Es liegt sodann ein Schreiben des Zentralvorstandes der Jugendorganisation vor, in dem sie anfragen, ob auch ihrer Organisation eine Vertretung eingeräumt werde. Das Komitee verneint diese Frage, da die Jugendorganisation weder ein Glied der Partei noch des Gewerkschaftsbundes ist.

Grimm : Es erhebt sich nun die Frage, was wir am Kongress tun wollen. Ledner ist der Auffassung, dass wir in einem Referat den Delegierten die Verhältnisse objektiv klarlegen sollen, um ihnen die Möglichkeit zu einer Entscheidung zu geben. Als Ausgangspunkt wäre die Zivildienstfrage zu nehmen, dann die seitherige Entwicklung zu skizzieren. Wir dürfen die vorhandenen Schwierigkeiten keineswegs verheimlichen und auch auf die politischen Folgen, die eine Bewegung im Verhältnis des Auslandes zu uns auslösen könnte, hinweisen. Aber gerade, weil wir uns der Schwierigkeiten bewusst sind, haben wir ein umso grösseres Recht, auf die Erfüllung unserer Forderungen zu dringen und im Falle der Nichterfüllung in einen Kampf einzutreten. Der Hauptton des Referates muss darin liegen, dass wir sagen, wir wissen wohl, dass eine Bewegung uns in eine schwierige Lage bringen kann, aber wenn wir zugrunde gehen, dann ist es der Gegner, der das gleiche Schicksal teilt. Die Aktion soll so vor sich gehen, dass wir unsere Forderungen aufstellen und auf Grund dieser mit dem Bundesrat in Unterhandlungen treten. Scheitern diese, so soll das A.K. die Kompetenz erhalten, den



Generalstreik zu erklären. Zugleich wird dann ein Reserve-Aktionskomitee gebildet werden müssen, um im Notfalle immer die nötigen Leute zu haben.

Was das Programm selbst anbetrifft, so haben wir die 4 Forderungen Greulichs, dann das Ernährungsamt mit dem Beirat u.a.m.

Platten ist mit dem Programm einverstanden, die Frage ist nur die, wie sich die Durchführung gestalten soll. Er ist der Meinung, der Kongress solle sofort die Erklärung des Generalstreiks beschliessen, währenddessen die Forderungen aufzustellen sind. Wenn wir uns noch erst in Unterhandlungen einlassen, so verlieren wir unser ganzes Prestige.

Graber führt aus, dass das Ernährungsproblem ungemein wichtig ist für uns. Namentlich müssen wir verlangen, dass die gesamte Einfuhr auf die Genossenschaft zentralisiert werde, damit wir sp eine Kontrolle erhalten. Es sollten sowohl die Einkaufs- wie die Verkaufspreise kontrolliert werden, wobei auch der Arbeiterschaft eine Mitwirkung nicht vorenthalten werden darf. Durch die ungeheure Verteuerung der Kohlen ist die Gasversorgung vielfach sehr erschwert, der Bund soll hier finanzielle Opfer bringen. Ferner sollten alle Handelspatente abgeschafft und auf den Staat übertragen werden.

Grimm bemerkt, dass Bundesrat Schulthess bereits davon gesprochen habe, den Handel zu konzessionieren. Diese Forderung müssen wir sofort aufnehmen.

Belina betont, dass die praktische Durchführung des Vorschlages Platten jedenfalls auf Schwierigkeiten stossen dürfte, da verschiedene Verbände die Beschlüsse des Kongresses als nicht verbindlich betrachten werden. Eine statutarische Handhabe, sie dazu zu zwingen besteht nirgends und es dürfte es sich schon empfehlen, vor einer Aktion noch in Unterhandlungen zu treten.

Schneider sieht zwischen der Auffassung Grimms und Plattens keine prinzipielle, sondern nur eine taktische Differenz. Aus den Gründen, die Belina angeführt hat, ist er für die Taktik Grimms, doch soll zwischen den Unterhandlungen und dem Beginn der Aktion kein grösserer Zeitraum als ein solcher von 2-3 Tagen liegen.- Was die Forderungen betrifft, so werden wir mit dem Verlangen nach Zurücknahme des Versammlungsverbotes keine Aktion auslösen. Es wird nötig sein, die Wirtschaftsforderungen in den Vordergrund zu stellen, eine gerechtere Rationierung, Lohnämter usw. Mit den Forderungen Grabers ist er ebenfalls einverstanden, sodann muss eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden, nicht der 8 Stunden schlechthin, weil die Verhältnisse zu sehr differieren. Diese Forderungen können wir mit der heutigen Unterernährung begründen. So wird sich ein Programm aufstellen lassen können, das imstande ist, die Massen mitzureissen.

Kaufmann erklärt, dass ihn die bisherige Diskussion davon überzeugt hat, dass die Auslösung einer Aktion doch ~~nicht~~ nicht so einfach sei, wie er angenommen habe. Vor allem wird es nötig sein, dass wir konkrete Forderungen haben, welche die Massen verstehen. Die Taktik Platten sagt ihm nicht zu, da man doch zuerst unterhandeln muss, bevor eine Bewegung inszeniert wird. Wir würden dadurch von vorneherein die Sympathien der Bevölkerung verlieren. Die Einberufung des Kongresses hat sicher auf die Behörden einen grossen Eindruck gemacht, man sollte durch eine Delegation zum Bundesrat versuchen, dies auszunützen.

Das eidgenössische Personal ist sehr erbittert, es wäre wünschenswert wenn auch seine Forderungen, vorab der Achtstundentag und der Vorschuss für die Nachtragsteuerzulage auf das Programm aufgenommen würden.

Platten behält sich vor, seinen Standpunkt auf dem Kongress zu verteidigen, wenn wieder eine Verschleppungstaktik einreissen sollte. Er schlägt

or, die Forderungen noch diese Woche dem Bundesrat zu unterbreiten und
is Samstag Antwort zu verlangen. Der Kongress selbst soll aber über die
inleitung einer Aktion entscheiden und nicht nachher erst das A.K.

Graber ist mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung einverstanden,
sodann schlägt er eine Rationierung nach Klassen vor. Wir sollen nicht
grosse prinzipielle Forderungen aufstellen, sondern nur solche, die re-
alisierbar sind.

Grimm erklärt, das Vorgehen Plattens zu akzeptieren in dem Sinne, dass
wir dem Bundesrat schreiben und ihm die Forderungen mitteilen, wobei
auf den Kongress aufmerksam gemacht und die Erteilung einer Antwort als
wünschbar bezeichnet wird, um Samstag bereits Stellung nehmen zu können.
Es gibt nichts anderes, als eine Kompetenzerkennung des Kongresses an das
A.K., von sich aus den Streik zu erklären. Den Bundesrat schon vorher
vor ein Ultimatum zu stellen, geht nicht wohl an, weil ja letzten Endes
der Kongressentscheid gar nicht so sicher ist.

Es werden sodann folgende Forderungen zuhanden des Bundesrates auf-
gestellt:

1. Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 12. Juli 1918 betreffend
die Unterstellung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsrechtes
sowie der Ausübung der Pressfreiheit unter die polizeiliche Kontrolle der
Kantone.

2. Aufhebung des Bundesratsbeschlusses betreffend die Zurückweisung
fremder Deserteure an den Landesgrenzen.

3. Errichtung eines eidgen. Ernährungsamtes in Verbindung mit einem
Beirat, in dem die Arbeiterschaft ihrer Bedeutung gemäss vertreten ist.

4. Bessere Rationierung und Verteilung der Lebensmittel in Berücksich-
tigung der besonderen Ernährungsschwierigkeiten der arbeitenden Bevöl-
kerung.

5. Streckung der Vorräte an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen durch
Herstellung von Einheitswaren und Festsetzung von Einheitspreisen.

6. Konzessionierung des privaten Grosshandels und Kontrolle der Preis-
bildung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.

7. Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle durch eine zu kon-
zessionierende Einfuhr- und Verteilungsstelle der Arbeiterschaft.

8. Errichtung von paritätischen Lohnämtern mit der Befugnis, die
Löhne wichtiger Industrien und Gewerbe regional oder kantonale zu ordnen.

9. Reduktion der Arbeitszeit durch Bundesratsbeschluss unter Berück-
sichtigung der durch die Ernährungsschwierigkeiten erfolgten Verminderung
der körperlichen Leistungsfähigkeit.

10. Förderung des kommunalen ~~Wohnungsbaues~~ oder genossenschaftlichen
Wohnungsbaues durch Gewährung von Kapitalvorschüssen zu ermässigtem Zinsfuss
durch den Bund.

11. Nachsteuerungszulage und Vorschussgewährung an das eidgenössische
Personal sowie Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den eidgen.
Betrieben und Verkehrsanstalten.

Die Forderungen sind nun so gehalten, dass ein Manövrieren immer
möglich ist.

Betreffend das Vorgehen bemerkt Grimm, dass man nun die Forderungen dem
Bundesrat sowie gleichzeitig der Presse mitteilen soll, ohne dabei irgend-
wie zu drohen. Es wird einfach Antwort gewünscht, zu der dann Stellung
genommen werden soll. In der Verhandlungszeit bietet sich dann Gelegen-
heit, den event. Streik vorzubereiten.

Platten ist mit dem Vorgehen Grimms nur dann einverstanden, wenn dem
A.K. nicht mehr Zeit zu Verhandlungen eingeräumt wird, um unterdessen
den Streik vorbereiten zu können.

Graber bdeauert es, dass in unserer Bewegung das gegenseitige Vertrauen fehlt. Er wünscht noch vor dem Kongress eine Zusammenkunft der führenden Gewerkschafts- und Parteigenossen, um die Streitpunkte zu behandeln und eventuell zu einer Einigung zu kommen. Ferner wünscht er, dass das A.K. vom Kongress bestätigt werden soll, damit endlich einmal die Kompetenzstreitigkeiten aufhören.

Platten ist gegen den Vorschlag einer kombinierten Sitzung, der Kongress soll entscheiden.

Grimm glaubt, dass es vielleicht doch gut wäre, eine derartige Zusammenkunft abzuhalten, da wir vielleicht den einen oder anderen überzeugen können. Er beantragt, eine Delegation des A.K. zu der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung des Gewerkschaftsausschusses abzuordnen. Eine Neuwahl des A.K. durch den Kongress hält er für überflüssig.

Es wird beschlossen, das A.K. durch den Kongress bestätigen zu lassen. Die Delegation an die Sitzung des Gewerkschaftsausschusses wird aus den Genossen Graber, Kaufmann und Schneider bestimmt.

Freitag abend soll am Ort des Kongresses noch eine Sitzung des A.K. stattfinden.

Mandatsübertragungen werden für unzulässig erklärt, das Bureau des Kongresses soll dem A.K. übertragen werden, die Referate sind zu stenographieren, die Diskussion zusammenfassend zu protokollieren.

Es werden zwei Referate gehalten: Ein allgemeines, das die Situation im Sinne der Ausführungen Grimms klarlegt, als deutscher Referent wird Grimm, als französischer Graber bestimmt.

Das zweite Referat soll die Kampfmittel behandeln, hier wird als deutscher Referent Schneider, als französischer Huggler bestimmt.

Belina wirft noch einmal die Frage der Kongresskosten auf und erklärt, das Bundeskomitee werde auf eine prozentuale Verteilung der Kosten der Mitgliederzahl gemäss nicht eingehen.

Auf Antrag Graber wird beschlossen, am Kongress den Beschluss fassen zu lassen, es sei eine Sammlung zur Deckung der Kongressunkosten einzuleiten.

Es liegt noch eine Antwort des Politischen Departementes vor auf die Eingabe betr. Milchfrage sowie eine des Justizdepartementes betr. Mieterschutz vor, die beide Prüfung und Berücksichtigung der gemachten Vorschläge zusichern.

Von Gen. Zollinger-Zürich ist ein Schreiben betr. die Obstversorgung eingegangen, das der Notstandskommission überwiesen wird.

Schluss der Sitzung 3 Uhr.

Der Sekretär i.V.

Belina

Protokoll
der

1. Sitzung des Aktionskomitee, Freitag, den 26. Juli, abends 9 Uhr
im Hotel "Baslerhof" in Basel.



Anwesend sind die Genossen Allgöwer, Dürr, Grimm, Huggler, Ilg, Kaufmann, Platten, Schneider und Belina.
Entschuldigt Graber und Schurch.

Grimm gibt bekannt, dass die Antwort des Bundesrates in ihren Grundzügen bereits bekannt sei, der Wortlaut werde im Verlauf der Sitzung ein- treffen. Sie lautet völlig ablehnend, zu ihrer Behandlung soll vormittags t 9 Uhr eine zweite Sitzung stattfinden. Dagegen können wir heute die Traktandenliste des Kongresses festsetzen. Redner schlägt vor, zuerst die beiden vorgesehenen Referate zu behandeln und dann einen 40 gliedri- gen Ausschuss wählen zu lassen, der nach den mit dem Bundesrat noch zu pflegenden Verhandlungen als letzte Instanz über die Aktion entscheiden solle.

Ilg erklärt namens des erweiterten Zentralvorstandes des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, dass sie mit der Einsetzung eines erweiterten Aktionskomitees nicht einverstanden sein können und dass, falls ein der- artiger Beschluss gefasst würde, Redner aus dem A.K. seinen Austritt nehmen müsse, wobei Vorsorge getroffen werde, dass kein Mitglied des Zentralvorstandes der Metallarbeiter in das Komitee eintrete. Es zeigt sich immer mehr, dass einige unverantwortliche Genossen die ganze Füh- rung der Aktion an sich reißen und die statutarischen Rechte der Zentral- verbände ignorieren wollen. Namentlich der Artikel des "Volksrecht" hat die Karten vollends aufgedeckt und hier können die Gewerkschaften nicht mehr mitmachen. Der Metall- und Uhrenarbeiterverband muss sich zum Vorne- herein seine Stellungnahme zu den Kongressbeschlüssen vorbehalten und wird dem Kongress eine entsprechende Erklärung abgeben.

Kaufmann bestreitet die Behauptung Ilgs, dass das Bestreben bestehe, den Metallarbeiterverband seiner Selbstständigkeit zu berauben. Ilg ver- wendet Mittel, die nicht ganz faire sind. Es scheint die Parole des Ver- bandes zu sein, gegen eine Aktion überhaupt anzukämpfen, aus verschie- denen Aeusserungen von Metallarbeiterdelegierten schliesst Redner, dass er eine bestimmte Parole zum Vorneherein ausgegeben wurde, so dass der und für sich unglückliche Volksrechtartikel nicht verantwortlich ge- acht werden kann. - Nun ist heute die Situation für uns so günstig wie noch nie, weil durch die Dummheit der Gegner das eidgen. Personal auf unsere Seite getrieben wird. Trten wir jetzt in keine Aktion ein, so könnte es leicht geschehen, dass wir den Anschluss überhaupt verpassen.

Grimm erklärt persönlich, dass er nicht an der Wahl einer 40 gliedri- gen Kommission durch den Kongress festhält und damit einverstanden ist, dass der Gewerkschaftsausschuss in Verbindung mit dem Aktionskomitee und der Geschäftsleitung der Partei die letztentscheidende Instanz sein soll.

Platten: Die Metallarbeiter haben kein Recht, sich auf den Volksrecht- artikel zu berufen. Es wurde im Verband bereits eine Parole ausgegeben, bevor er geschrieben wurde. Der Kongress hat das Recht zu einer Entschei- ung. Die Antwort des Bundesrates ist ungenügend und es ist notwendig, sofort einen Kampf auszulösen, in diesem Sinne wird Redner auch dem Kon- gress einen Antrag unterbreiten. Kommt es heute zu keiner Einigung mit Ilg und Dürr, dann müssen auch diese Differenzen auf dem Kongress zum Austrag kommen, damit wir endlich eine klare Situation haben.- Die Ver- hältnisse sind heute so, dass es ein ungeheurer Schaden für die Bewegung wäre, wenn wir einer Aktion aus dem Wege gehen.

Huggler spricht dafür, den vorgesehenen erweiterten Ausschuss propor-

tionell nach den Mitgliederzahlen der Partei und Gewerkschaften gewählt werde.

Dürr spricht gegen die Einberufung des Arbeiterkongresses, die vor- eilig erfolgt ist. Wir kennen statutengemäss keine derartige Behörde, für uns sind die Statuten des Gewerkschaftsbundes massgebend, welche unsere Kompetenzen genau umschreiben. Das A.K. hat 11 Forderungen an den Bundesrat eingereicht, ohne erst abzuwarten, ob die Verbände nicht noch andere stellen wollen. Die Kürze der Zeit hat überdies nicht erlaubt, dass alle aufgeworfenen Fragen in den Sektionen diskutiert werden, so dass der Kongress unmöglich ein getreues Bild der Stimmung geben kann.

Vollends wendet sich Redner gegen das vorgesehene erweiterte A.K. Wo soll die Kosten tragen? Man kann dem Gewerkschaftsbund nicht zumuten, immer zu zahlen, ohne dass er zu der ganzen Sache etwas zu sagen hat. Der Hauptinhalt der Forderungen gipfelt in den Eisenbahnerbegehren und da muss festgestellt werden, dass die Eisenbahner zuerst selbst alle gewerkschaftlichen Mittel anwenden, bevor sie die übrige Arbeiterschaft an ihren Karren spannen. Die übrigen Forderungen sind für den Augenblick nicht verwirklicht, man wird sich wieder auf vage Versprechungen des Bundesrates einlassen müssen, so dass durch eine Aktion gar nichts erreicht wird.

Die ganze Taktik, wie sie nun zum Ausdruck kommt, führt auf eine schlechte Ebene, bei welcher die Gewerkschaften nicht mitmachen können. Auf keinen Fall können sie auch zugeben, dass man ihre Kompetenzen an irgendeine Kommission weitergibt.

Schneider erklärt, dass der Kongress von einer kombinierten Sitzung des A.K. des Bundeskomitee und der Geschäftsleitung der Partei einberufen wurde. Wenn verschiedene Genossen zu dieser Sitzung nicht erschienen sind, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn ein Beschluss gefasst wurde, der ihnen nun nicht behagt. - Der Weg, den die Metallarbeiter einschlagen wollen, ist der denkbar schlechteste, weil er zu der Spaltung führen muss. Wenn auch das Bundeskomitee eine Streikbruchparole herausgibt, so werden gleichwohl grosse Massen der Gewerkschafter mitmachen. Man streitet über die Kompetenzfrage, heute ist aber die Situation so, dass weder der Gewerkschaftsausschuss noch die Geschäftsleitung der Partei die nötige Autorität haben, von sich aus eine Bewegung auszulösen. Deshalb war der Kongress notwendig. Wer den letzten Entscheid fällen soll, ob die bisherigen kombinierten Sitzungen oder eine spezielle Kommission, ist gleichgültig.

Allgöwer war ebenfalls von dem Volksrechtartikel nicht erbaut, die autoritären Rechte der Instanzen dürfen nicht angetastet werden. Nun stehen wir aber heute vor einer Situation wie noch nie. Dürr spricht davon, dass die übrige Arbeiterschaft vor den Karren der Eisenbahner gespannt werden soll. Das ist unrichtig, es handelt sich den Eisenbahnern nicht nur um die finanziellen Forderungen, sondern weit mehr noch um eine Verbesserung der Ernährung, an der die übrige Arbeiterschaft ebenfalls interessiert ist und die auch die Eisenbahner nicht von sich aus erreichen können. Ein Hand in Hand arbeiten ist da unerlässlich.

Belina begreift die Stellungnahme der Genossen Ilg und Dürr nicht. Die Einberufung des Kongresses erfolgte durch eine rechtmässige Sitzung, deren Beschlüssen nun nicht gerüttelt werden kann. Man kann über den Kongress zweierlei Meinung sein, dagegen dürfen seine Beschlüsse durch keinerlei Sonderaktionen sabotiert werden, wenn wir überhaupt einen Erfolg erreichen wollen. Das gegenseitige Misstrauen der führenden Genossen in Partei und Gewerkschaften ist betrübend und je mehr es zum Ausdruck kommt, umso nötiger scheint eine Instanz, die zur Klärung beitragen kann. In diesem Sinn scheint der Kongress doch eine bestimmte Aufgabe zu haben.

Wenn davon gesprochen wird, die Eisenbahner sollten ihre gewerkschaftlichen Forderungen selbst durchkämpfen, so ist das selbstverständlich, indessen ist es für unsere Aktion von Bedeutung, wenn die Eisenbahner mitmachen, weil ein Streik von 20.000 Eisenbahnern auf die Behörden einen grösseren Eindruck macht als ein solcher von 100.000 Industriearbeitern.

Ilg stellt fest, dass es das volle Recht des Verbandes sei, zu der Situation Stellung zu nehmen. Redner begreift nicht, wieso Kaufmann und Allgöwer die Beschlüsse des Kongresses als bindend betrachten können. Der Konflikt zwischen den Parteidirektoren und den Gewerkschaftsinstanzen besteht schon seit langem. Ueber der Kompetenzfrage soll der Wert des Kongresses nicht in Brüche gehen, aber der Volksrechtartikel muss durch das A.K. am Kongress klipp und klar in seine Schranken zurückgewiesen werden. Der erweiterte Ausschuss muss prozentual von den Verbänden und nicht durch den Kongress gewählt werden.

Die Eisenbahner sind heute stark genug, ihre Bewegung selbst zu führen. Wenn sie auch den 8 Stundentag erreichen, so bedeutet das für uns doch lange nichts, weil wir eine Exportindustrie haben, die auf die Verhältnisse des Auslandes Rücksicht nehmen muss.

Es ist eine grosse Frage, ob durch den Generalstreik etwas herausgeholt werden kann. Es wird eine Hungersnot hereinbrechen, eventuell kann sogar die Revolution heraufbeschworen werden, gleichwohl wird aber die Reaktion triumphieren. Redner ist keine Gegner des Generalstreiks, wenn er sich nur einen Erfolg von ihm versprechen kann. Das scheint ihm aber unter den heutigen Verhältnissen ausgeschlossen, ~~weil~~ eine Bewegung wird mit einem völligen Fiasko endigen.

Grimm findet die Kompetenzfrage einfache, der Kongress wurde durch eine regelrechte Sitzung einberufen. Was die Bewegung der Eisenbahner anbetrifft, so befinden sie sich immerhin in einer anderen Lage als die Arbeiter der Privatindustrie, da sie nicht einem einzelnen Unternehmer, sondern dem Bund als Arbeitgeber gegenüberstehen. Da müssen auch andere Kampfmittel angewandt werden. Es kann auch der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, ob 50.000 Eisenbahner den 8 Stundentag haben oder nicht.

Für uns ist es heute notwendig, dass alle Aktionen gemeinsam durchgeführt werden. Alle Separatverhandlungen haben zu unterbleiben, wir müssen die Gewähr haben, dass auch der Föderativverband nicht mehr direkt mit dem Bundesrat unterhandelt, sondern nur durch das A.K. Wir stehen in einer klärenden Situation und dürfen da wegen ein paar Paragraphen nicht zurückschrecken. - Redner ist einverstanden mit einer Desavouierung des Volksrechtartikels, weil eine derartige Stellung nur möglich ist im gegenseitigen Einverständnis der beteiligten Organisationen und nicht von oben diktiert werden kann. Der von Ilg proponierte proportionell gewählte Ausschuss würde zu seiner Konstituierung zu lange Zeit in Anspruch nehmen, deshalb ist es das beste, wenn Gewerkschaftsausschuss und Geschäftsleitung gemeinsam als letzte Instanz zu gelten haben.

Die Aktion drängt nach vorwärts, wenn wir eine Spaltung vermeiden wollen, dann ist es nötig, dass wir uns an die Spitze der Bewegung stellen. Auch wir sind uns klar über die Schwierigkeiten der internationalen Lage, wenn aber der Bundesrat sieht, dass es uns ernst ist, dann ist es ganz gut möglich, dass er einlenkt, weil auch er sich des Ernstes der Lage bewusst. Das A.K. soll vom Kongress eine Ermächtigung zu nochmaligen Verhandlungen begehren, worauf nach Ablauf einer bestimmten Frist der Generalstreik zu erklären sei.

Huggler wünscht, dass das A.K. zu einer Einigung kommen möge. Die Ausführungen Dürs betr. der Eisenbahner tun ihm leid, weil er froh ist, dass wir sie endlich soweit haben, dass sie bei einer Aktion mitmachen. Die Genossen Dür und Ilg haben leider nur ihre berufliche Orientierung, der Ueberblick übers ganze fehlt ihnen. Man kann den Eisenbahnern nicht zutrauen, dass sie mitkämpfen, aber ihre Forderungen in den Hintergrund stellen. - Er begreift, dass es den Verbänden nicht leicht fällt, die Verantwortung für die Aktion zu übernehmen, wenn sie keine Unterstützung bezahlen, die Frage ist die, ob der Kongress den Generalstreik nicht selbst beschliessen könne, wobei dann die Verbände als solche mit der Sache nichts zu tun haben. Aber geschehen muss etwas. Wir können die Bewegung nicht machen, aber heute ist die Frage so, dass es sich darum handelt, ob wir uns an die Spitze der Bewegung, die kommen muss, stellen wollen oder nicht. Es gibt Genossen, welche den Generalstreik als eine Katastrophe betrachten, der Krieg hat aber die gewerkschaftlichen Erfolge um Jahrzehnte zurückgeschraubt, da braucht es eben ausserordentliche Mittel, um zu einem Erfolg zu kommen. Auf die Lage des Landes Rücksicht zu nehmen brauchen wir nicht, die Bourgeoisie hat alle Mittel zu ihrer Bereicherung rücksichtslos ausgenützt. Wenn heute 160.000 Arbeiter energisch zusammenstehen, dann wird die Regierung nachgeben müssen.

Dür stellt fest, dass der Kongress Beschlüsse fassen soll, denen sich die Gewerkschaften fügen soll. Er fragt sich, ob sich auch die Radikale einem Beschluss fügen würden, der ihnen nicht in den Kram passt. (Zuruf Schneider: Jawohl!) Grimm und Huggler sagen uns, wenn wir in keine Aktion eintreten, so werde die Situation im Winter eine unhaltbare, wer aber garantiert uns, dass sie durch den Generalstreik besser wird? Die Stimmung unter den Massen ist keine derartige, wie man sie immer schildert. Das beste Beispiel gibt Winterthur, wo die Leute nicht einmal mit der ordentlichen Streikunterstützung einverstanden waren, sondern wo die Sektion im Verlaufe einer Woche ihr ganzes Vermögen für Extraunterstützungen opfern musste. Der Generalstreik aber wird ohne Unterstützung geführt werden müssen und das ist dann etwas anderes! Man hat an der Berner Konferenz immer vom unbefristeten Streik gesprochen, jetzt scheint auf einmal nur noch der unbefristete zu existieren. (Zuruf Schneider: Ich bin nach wie vor für den befristeten Streik und werde auch in diesem Sinne referieren.) Man wird aber sofort wieder die Möglichkeit zu neuen Vorwürfen geboten, weil man uns sagen wird, dass durch die Befristung der Erfolg verunmöglichlicht wurde. - Wenn wir in einen Kampf eintreten, dann müssen wir unter allen Umständen eine Erklärung haben, dass die Eisenbahner solange im Kampf verharren, bis auch unsere Forderungen erfüllt sind.

Platten ist durch die Diskussion pessimistisch geworden. Der Kongress wird nichts positives zutage fördern. Er wünscht Aufgabe des §911 der Forderungen, dagegen soll der Punkt 11, der der Wichtigste ist, unter allen Umständen durchgesetzt werden. Ferner spricht er gegen eine Kompetenzdelegierung an den Gewerkschaftsausschuss und die Geschäftsleitung, der Kongress selbst soll entscheiden.

Ilg spricht dafür, alle Anstrengungen zu machen, um zu einer Einigung zu kommen, da er sich dessen bewusst ist, dass aller Erfolg dahin ist, wenn das A.K. getrennt vor den Kongress tritt. Gegen Huggler erklärt er, ebenso gut wie er die allgemeine Situation zu überblicken, der Notstand der Arbeiter ist aber nicht überall der gleiche. Durch den Streik erreichen wir keine materiellen Erfolge, unsere Macht wird im Gegenteil noch zurückgehen. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Anträgen:

1. Das A.K. soll durch den ersten Referenten am Kongress gegen den Volksrechtartikel Stellung nehmen
2. Wenn das A.K. als Instanz nicht genügt, dann soll ein erweitertes

Komitee eingesetzt werden, in welches Partei und Gewerkschaftsverbände auf vielleicht je 5000 Mitglieder einen Abgeordneten delegieren

3. Der Generalstreik sei zu akzeptieren, aber nur unter der Bedingung, dass er befristet wird.

Wie der Streik herauskommt, ist freilich eine grosse Frage, die Opposition wird keine kleinere werden auch nach dem Streik, weil das Resultat niemals alle befriedigen wird. Der Verband muss sich dabei seine Stellung immerhin vorbehalten, es wird jedenfalls ein Verbandskongress einberufen werden, um dem Z.V. Decharge zu erteilen und den Beschluss zu fassen, dass keine Unterstützung bezahlt wird.

Grimm beantragt eine Resolution, welche das A.K. dem Kongress als Willenskundgebung unterbreiten soll und die nach der Bereinigung folgenden Wortlaut hat:

Der als außerordentliche Tagung einberufene Allg. Schweiz. Arbeiterkongress, einverstanden mit dem vom Oltenener Aktionskomitee aufgestellten, unterm 22. Juli 1918 an den Bundesrat gerichteten Forderungen, erklärt die Antwort des Bundesrates vom 26. Juli als in jeder Beziehung ungenügend. Er beauftragt das Aktionskomitee, sofort mit dem Bundesrat in nochmalige Verhandlungen einzutreten, um positive Zugeständnisse zu erlangen. Das Aktionskomitee erhält Auftrag, im Einvernehmen mit dem Föderativverband auch die Forderungen des eidg. Personals vor dem Bundesrat zu vertreten.

Für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongress die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks. Mit der Durchführung wird das Aktionskomitee gemeinsam mit dem Gewerkschaftsausschuss und der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz beauftragt. Maßgebend sind die Beschlüsse der Berner Konferenz vom 1./3. März. Den Organisationen ist sofort Weisung zur Vorbereitung des Landesstreiks zu erteilen.

Im weiteren erklärt Redner, ebenfalls mit dem Volksrechtartikel nicht einverstanden zu sein.

Schneider erklärt, immer dahin gestrebt zu haben, die Einheit der Bewegung aufrechtzuerhalten. Man sollte, wenn man auch anderer Meinung ist, jedem den ehrlichen Willen zubilligen. Er vertritt die Auffassung, dass die Kongressbeschlüsse für alle verbindlich sein sollen. Ein Streik ist heute eher durchzuführen als in normalen Zeiten. Wir verheimlichen uns keinesfalls die Schwierigkeiten, die er mit sich bringt, aber weil sie bestehen, hat der Bundesrat die Pflicht nachzugeben, um das Land nicht ins Unglück zu stürzen. Wir haben letzten Endes keine Ursache, staatserhaltender zu sein als er selbst. - Was die Forderungen anbetrifft, so sind sie alle realisierbar, er kann sie also annehmen oder nicht, dass sie nicht von einem Tag auf den anderen verwirklicht werden können, ist klar. Der Streik soll befristet sein und als Pressionsmittel wirken, wobei wir uns vorbehalten müssen, bei einer Verschärfung weiterzugehen. Es wird sich um eine etwa 3tägige Streikdauer handeln, ohne dass wir das an die grosse Glocke zu hängen brauchen.

Um zu einer Einigung zu kommen, erklärt er sich damit einverstanden, durch den Kongress im Sinne der Resolution den Generalstreik beschliessen zu lassen, dabei aber Zeitpunkt des Anfangs und die Dauer durch die er-

weiterte Kommission festgelegt werden sollen. Immerhin wünscht er, dass dann innerhalb einer Woche der Streik erklärt werden solle.

Huggler und Allgöwer sprechen gegen diese letzte Forderung, weil wir doch Zeit haben müssen, den Streik richtig vorzubereiten.

Grimm gibt sodann die Grundzüge seines Referates bekannt, da er im Namen des A.K. zu sprechen wünscht. Vom Föderativverband müssen wir verlangen, dass er nicht mehr gesondert mit dem Bundesrat verhandelt und es sollten uns die anwesenden Eisenbahnervertreter in diesem Sinne eine Erklärung abgeben.

Allgöwer und Huggler erklären, dazu ausserstande zu sein, da sie nicht von sich aus für den Föderativverband eine bindende Zusage geben können. Hingegen werden sie mit der offiziellen Delegation des Föderativverbandes eine Besprechung verahlassen. Die Eisenbahnerverbände ihrerseits stehen auf Seite des A.K.

Es wird sodann die Resolution einstimmig genehmigt .

Beschlossen wird sodann, , die Kosten des Kongresses durch Partei und Gewerkschaften aufbringen zu lassen, die ganzen Verhandlungen werden stenographiert, nachdem Grimm erklärt, es sei vom Standpunkt des Historikers wünschenswert, später in einem offiziellen Protokoll die heutige Situation sich widerspiegeln zu sehen.

Als Vertreter des A.K. in der Mandatprüfungskommission werden die Genossen Allgöwer und Belina bestimmt.

Schluss der Sitzung 2 Uhr früh. *Beaufen*

Der Schriftführer:

Belina

Protokoll
der



1. Sitzung des Aktionskomitees, Dienstag, den 30 $\frac{1}{2}$ Juli nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Bern.

Anwesend sind die Genossen Dürr, Grimm, Graber, Allgöwer, Huggler, Latten, Reichmann, Schneider, Schurch und Belina, statt des verhinderten Genossen Düby ist anwesend Herr Dr. Woker, entschuldigt Genosse Kaufmann.

Das Protokoll der Sitzung vom 15. Juli wird verlesen und genehmigt.

Grimm leitet die Sitzung mit der Bemerkung ein, es handle sich nun darum, die Beschlüsse von Basel auszuführen. Äusserungen von Bundesrat Schulthess Genossen Greulich gegenüber lassen darauf schliessen, dass sich der Bundesrat in ziemlicher Verlegenheit befindet. Für uns handelt es sich nun darum, die Stellungnahme der Eisenbahner genau zu kennen.

Dr. Woker teilt mit, dass an der gestrigen Konferenz der Personaldelegation mit dem Bundesrat statt seiner Nationalrat Weber delegiert wurde, man befürchtete, er würde zu grob werden. Bundesrat Motta machte insofern eine Konzession, als er nun statt eines halben den ganzen Monatslohn als Vorschuss offeriert. Die Frage der Nachsteuerungszulage ist damit aber nicht präjudiziert und auch bei dieser neuen Offerte bleibt die Ungerechtigkeit bestehen, dass die niedriger besoldeten Angestellten auch am wenigsten Vorschuss erhalten. Seiner Meinung nach ist diese Offerte unannehmbar und er ist für Festhalten an den Basler Beschlüssen.

Huggler bestätigt die Ausführungen Dr. Wokers, dass die Eisenbahner für Festhalten an ihren Forderungen sind.

Allgöwer überbringt eine Erklärung des Z.V. der A.U.S.T., die folgenden Wortlaut hat: "Das Zentralkomitee ~~xxx~~ der A.U.S.T hat vom letzten Vorschlag des Bundesrates Motta an der Audienz vom 29. Juli Kenntnis genommen.

Es erklärt nach reiflicher Diskussion:

1. Das neue Angebot ist nach zwei Richtungen hin als unannehmbar zu betrachten, weil es dem Verlangen:

- a) auf einen Vorschuss auf die Nachsteuerungszulage im Betrage von Fr. 300.- nicht entspricht,
- b) weil es sich um einen Gehaltsvorschuss handelt.

2. Es betrachtet den ersten Teil des Beschlusses der ausserordentlichen delegiertenversammlung des F.V. vom 23. Juli als vom Bundesrat ungenügend beantwortet und erklärt darum, die weitere Vertretung der Interessen seidigen Personals sei dem Oltener Aktionskomitee zu übertragen."

Platten berichtet über die Stimmung der Eisenbahner in Zürich, die ebenfalls von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt sind. Redner beantragt, vom Bundesrat auf morgen telegraphisch eine Audienz zu verlangen.

Grimm ist gegen eine telegraphische Mitteilung, ein Brief genügt. Wir brauchen nicht so zu pressieren, um genügend Zeit zu gewinnen. Auf Sonntag sollte der Gewerkschaftsausschuss einberufen werden, um endgültig zu entscheiden.

Unbekümmert um das Resultat der Unterhandlungen müssen die Streikorbereitungen getroffen werden. Es werden drei Zirkulare nötig sein: eine Proklamation an die Bevölkerung, eine an die Soldaten und Instruktionen an die Organisationen. Die Sachen müssen gesetzt werden, um sie im Notfall sofort zur Hand zu haben.

Nach längerer Diskussion wird beschlossen, vom Bundesrat telephonisch eine Audienz zu verlangen.

Der Bundesrat ist einverstanden, morgen, den 31. Juli vormittags 11

Ihr das Komitee zu empfangen.

Auf Antrag Platten wird beschlossen, das ganze Komitee zu entsenden, es werden indessen die Genossen Grimm und Graber sowie Herr Dr. Woker als Hauptredner bestimmt.

Dürr ersucht ihn zu entschuldigen, da er nun auch einen Ferientag für sich haben möchte.

Der Gewerkschaftsausschuss in Verbindung mit der Geschäftsleitung der Partei wird zur definitiven Beschlussfassung über den Streik auf Montag, den 5. August nach Olten-Hammer einberufen.

Mit der Ausarbeitung der Proklamation an die Bevölkerung wird Suggler, an die Soldaten Platten und mit den Instruktionen Schneider beauftragt.

Die Texte sollen dem A.K. morgen nach der Konferenz mit dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ueber die Lebensmittelversorgung während des Streiks entspinnt sich eine Debatte, als deren Ergebnis beschlossen wird, die Offenhaltung der Lebensmitteläden zu veranlassen, doch sollen die Konsumgenossenschaften Rationen abgeben.

Schluss der Sitzung 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Schriftführer:

Bilina

Protokoll
der

13. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstags, den 1. August, vom
8 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Bern.



Anwesend sind sämtliche Mitglieder des Komitees ausser Düby und Dürr, die entschuldigt sind, an Stelle des ersteren ist anwesend Herr Dr. Woker.

Grimm verliest ein offiziöses Communiqué der Agentur, das zeigt, dass der Bundesrat nun die Situation schon weniger ernst einzuschätzen beginnt, weil man in den gestrigen Verhandlungen ziemlich höflich war. Es wird notwendig sein, die Entschlossenheit zum Kampf nach wie vor zu betonen, um allfällige Illusionen zu zerstören.

Bezüglich des Resultates der Unterhandlungen ist zu sagen, dass bei den Wirtschaftsfragen eine grundsätzliche Zustimmung des Bundesrates erreicht wurde. Der eigentliche Kampf wird hier erst bei der Ausführung einzusetzen haben.

Etwas anderes ist es mit den Punkten 1 und 2 der Forderungen, hier sollte schon eine positive Zusage erreicht werden, die zum Mindesten eine Weisung an die Kantonsregierungen über die Handhabung der Bestimmungen vorsieht.

Bei Forderung 11 endlich soll an dem Mindestvorschuss von 300 Franken festgehalten werden, bezüglich der Arbeitszeit wird man kaum an der starren Formel des Achtsturentages festhalten können, sondern eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit verlangen müssen.

Ein Schreiben des Genossen Düby warnt vor übereilten Massnahmen, da solche den Erfolg des Streiks nur gefährden.

Dr. Woker erklärt, dass der Verbandsausschuss V.S.E.A. sich mit den Forderungen der Arbeiterschaft solidarisch erklärt und eventuell auch mit dem Streik einverstanden ist. Doch hält er sich nicht allein für kompetent und es wird deshalb der Verbands~~rat~~-vorstand einberufen, um definitiv zu entscheiden. An der Frist bis 15. August wird man unter allen Umständen festhalten müssen, weil für das Gelingen des Streiks alles von der genügenden Vorbereitung abhängt.

Grimm teilt mit, dass Bundesrat Schulthess Huggler und ihn zu einer Vorbesprechung über die Frage der Arbeitszeit bei den Eisenbahnern vormittags vor der Sitzung des Bundesrates wünscht.

Platten ist gegen diese Sonderdelegation, schliesslich wird beschlossen, selbst den Genossen Grimm und Huggler auch den Genossen Platten zu delegieren.

In der Frage der Arbeitszeit selbst wird ein Antrag Allgöwer angenommen, der prinzipiell für alle Angestellten den 8 Stundentag verlangt. Dem Bundesrat soll zur Ausarbeitung einer Vorlage bis Ende März 1919 Frist gewährt werden.

Die Sitzung wird um 10 Uhr abgebrochen und um 11 Uhr wieder aufgenommen.

Grimm teilt mit, dass die Bundesräte Haab und Schulthess noch verschiedene Konzessionen betr. der Arbeitszeit, Wohnungsfrage, der Deserteure und des Versammlungsverbotes gemacht hätten. Es wird nun die offizielle Verhandlung abzuwarten sein.

Da die Stellung der Eisenbahner noch nicht abgeklärt ist und eine Sitzung des V.S.E.A. und des F.V. abgewartet werden muss, wird beschlossen, die auf den 5. August einberufene Sitzung bis auf weiteres zu verschieben.

Die von Genossen Schnäider ausgearbeiteten Instruktionen an die Organisationen werden sodann mit einigen Aenderungen genehmigt, ebenso der

von Platten verfasste Aufruf an die Soldaten. Die Proklamation an die Bevölkerung soll im ähnlichen Stilausgearbeitet werden.

Schluss der Sitzung 12 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags.

Der Schriftführer:

Belina

Protokoll
der



14. Sitzung des Aktionskomitees, Mittwoch, den 7. August vormittags
7 3/4 Uhr im Volkshaus in Bern.

Anwesend sind mit Ausnahme von Kaufmann, der entschuldigt ist und für den Dr. Woker Stellvertretung übernimmt, alle Mitglieder des A. K.
Die Protokolle der Sitzungen vom 30. Juli und vom 1. August werden verlesen und genehmigt.

Der Präsident bringt einige Schreiben zur Verlesung, in denen mitgeteilt wird, dass gemäss den Weisungen des A. K. die Vorbereitungen für den Kampf getroffen seien.

Eingehend auf die eigentlichen Verhandlungen gibt der Präsident ein Resumee der Verhandlungen mit dem Bundesrat und unterzieht die in der Presse veröffentlichte zweite Antwort des Bundesrates einer Kritik.

Er macht ferner Mitteilung von den Beschlüssen der Delegiertenversammlung des F. V. an denen er, wie Genosse Plattenbaal Gäste teilgenommen hätten und verliess die dort angenommene Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Die Konferenz der Zentralvorstände der schweizerischen Eisenbahnerorganisationen erklärt, dass die bisher von dem eidgenössischen Personal vom Bundesrat gemachten Zugeständnisse nicht befriedigen, da sie der wirtschaftlichen Notlage nicht gerecht werden und Unterschiede zwischen einzelnen Kategorien des Personals schaffen, die in keiner Weise zu verantworten sind.

Die Vertreter der Eisenbahnerverbände halten hinsichtlich der Vorschussleistung auf die Nachteuerungszulage und der Ausgestaltung dieser selbst an der Forderung der Gleichstellung der Ledigen mit den Verheirateten fest. Sie beauftragen das Oltenener Aktionskomitee, die Kartelleitung und den Vorstand des Förderativverbandes, dem Bundesrat nochmals mit allem Nachdruck den Ernst der Lage auseinanderzusetzen und mit aller Energie auf der Erfüllung der Forderungen zu bestehen. Die Eisenbahnerverbände werden aufgefordert, im Sinne der Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 23. Juli alle Vorbereitungen für die Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel zu treffen und gemeinsam mit den Organen der allgemeinen Arbeiterschaftsbewegung diejenigen Massnahmen in die Wege zu leiten, die einen vollen Erfolg der Aktion verbürgern.

Die endgültige Stellungnahme der Eisenbahnerverbände, insbesondere die Entscheidung über die Auslösung des Generalstreiks, bleibt vorbehalten und ist von der Erfüllung der Forderungen des Förderativverbandes abhängig.

Die Konferenz der Eisenbahnerverbände verdankt die bisherigen erfolgreichen Bemühungen des Oltenener Aktionskomitees, nimmt mit Befriedigung Kenntnis von seiner neuen, im Namen der Gesamtarbeiterschaft abgegebenen Erklärung unbedingter Solidarität und ersucht das Aktionskomitee, seinen definitiven Entscheid über die Stellungnahme zur zweiten Antwort des aufzuschieben, bis dessen Schlussnahme in der Frage der Vorschusszahlung und seine Anträge bezüglich Nachteuerungszulage bekannt sind."

Die Konferenz der Eisenbahner hat ergeben, dass das Personal mit den erreichten Zugeständnissen zufrieden ist und nur der Versuch gemacht werden soll, an der morgen stattfindenden Konferenz mit Bundesrat Motta in Sachen des Vorschusses für die Ledigen und in Sachen der Nachteuerungszulage noch so viel wie möglich herauszuholen. Doch könne keine Rede davon sein, wegen der noch strittigen Fragen die Arbeit einzustellen.

Huggler: Der Ausschlag in der Beurteilung der Situation hätten die Ausführungen Dubys ergeben, die dahin lauteten, man sei für den Streik nicht bereit. Das Maschinenpersonal und das Zugpersonal habe sich für die Arbeitsniederlegung ausgesprochen. Der Elan der Eisenbahner habe gelähmt, dass man die Forderungen in solche der Arbeiterschaft und in solche der Eisenbahner eingeteilt habe. So wie die Dinge liegen, sei er mit Grimm für den Abbruch der Bewegung.

Schneider: Er stimme im grossen ganzen Grimm zu in Bezug auf die Antwort des Bundesrates. Die Kantonsregierungen werden aber, darüber gebe man sich keinen Täuschungen hin, das Demonstrationsverbot so interpretieren, wie es ihnen beliebt. Die Arbeitszeitfrage sei ebenfalls nicht in befriedigender Weise gelöst. Auch Punkt 11 sei nicht in befriedigender Weise gelöst. Das Schergericht liege bei den Eisenbahnern, von ihnen hängen unsere weiteren Beschlüsse ab. So wie die Situation liege, müssen wir abpfeifen. Dabei sei nicht zu verkennen dass der Bundesrat grosse Zugeständnisse gemacht habe. Die Resolution, die die Eisenbahner in Basel gefasst haben, imponieren ihm nicht. eher hätte man die Einberufung der Bundesversammlung verlangen sollen. Redner ist dagegen, dass die Konferenz ihre Kompetenzen in der entgeltigen Beschlussfassung dem A. K. überbinde.

Platten: Wir stehen am Ende unserer Aktion und haben uns Rechenschaft abzulegen. Das A. K. habe bedeutende Konzessionen erreicht. Unter den Eisenbahnern fehle es an Geschlossenheit. Er bedaure, dass unter Punkt 11 nicht mehr erreicht werden konnte. Die Differenz zwischen Ledigen und Verheiratheten mache böses Blut. Wir werden nachher die Prügel bekommen. Was die fernere Tätigkeit des A. K. betrifft, müssen wir uns klar sein, dass es sich nicht um allen kleinen Krimskrans kümmern darf. Partei und Gewerkschaften müssen ihre speziellen Angelegenheiten selber behandeln.

Reichmann: Ist nicht der Meinung wie Platten, dass wir am Ende des Kampfes stehen. Wir stehen vielmehr am Anfang. Bisher hatten wir einen kleinen Erfolg der Arbeiter in Privatindustrie, einen moralischen und materiellen Erfolg für die Eisenbahner und eine Stärkung des Gewerkschaftsbundes zu verzeichnen. Die Auslösung des Generalstreiks nach den vorliegenden Ergebnissen halte ich für ausgeschlossen. Die Eisenbahner werden nie für den Generalstreik zu haben sein. Momentan haben wir nur noch eine Aktion für die Eisenbahner. Die Aufschiebung des Beschlusses ist falsch. Der Bundesrat glaubt so nicht mehr an den Generalstreik.

Wir sind ins ~~Radium~~ der Verhandlungen eingetreten.

Dr. Woker: Die gestrige Resolution des F.V. deckt sich nicht mit der Diskussion. Wir sind uns bewusst, dass Festhalten nicht der Wille der Mehrheit war. Er habe den Eindruck, dass auch das Lokomotiv- und das Zugspersonal nicht so unbedingt für den Generalstreik war. Wir müssen uns fragen: Ist die Differenz den Einsatz wert? Der Grossteil der Eisenbahner Führer der Eisenbahner war nicht dieser Ueberzeugung.

Dürr: Nach meinen Beobachtungen ist von einer Massenbegeisterung für den Streik nichts zu verspüren. Man wird auf die Arbeiter der grossen Städte zählen können. In den kleinen Orten und in der Westschweiz ist die Stimmung ganz flau. Im übrigen könnten, wenn es nötig würde, die Eisenbahner einen Streik ohne die andern Arbeiter noch weit besser durchführen als umgekehrt. Die in Basel gefasste Resolution halte er nicht für glücklich. Wenn man sich darüber im Klaren ist, dass es nicht zum Kampf kommen kann, sollte man die Arbeiter nicht noch einmal mit solchen bombastischen Resolutionen aufpeitschen. Die Konferenz sollte nun endgültig Schluss machen, damit wieder eine Entspannung eintritt.

Düby: Die Resolution sollte die Verhandlungsbasis für die morgige Konferenz mit dem Bundesrat verbessern. Die bisher erreichten Konzessionen sind bedeutend. Die Waffenbrüderschaft der Eisenbahner mit den Arbeitern der Privatindustrie hat sich bewährt.

Grimm: macht den Vorschlag, die Konferenz bis nach Schluss der Verhandlungen mit dem Bundesrat weiter tagen zu lassen und dann endgültig zu beschliessen.

Frank: Der Antrag Dürr wäre Gift. Dagegen ist der Antrag Grimm annehmbar. Es ist ja etwas erreicht worden, aber es ist auch von Huggler gesagt worden, die Führer hätten Angst. Er gibt näheren Aufschluss über den Gang der Verhandlungen. ~~Grimm~~

Grimm: Was wir erreicht haben schätze ich nicht gering ein. Wir dürfen nichts verkleinern. Die Kritik am A. K. müssen wir leiden. Der Generalstreik wird ja einmal kommen, wann, das können wir nicht wissen.

Schneider: ist einverstanden, dass die Konferenz weiter tagt.

Platten: Die Liquidation der Angelegenheit kann nur der Ausschuss in Verbindung mit der Geschäftsleitung vornehmen.

Huggler: erklärt sich mit der Auffassung Dürr innerlich einverstanden, doch lässt sich der psychologische Zustand der Massen schlecht beurteilen.

Reichmann: will nicht an seiner zuerst geäußerten Meinung festhalten. Es wird beschlossen dem Ausschuss zu beantragen, den Endentscheid bis nach der Konferenz der Vertreter des F.V. und des A. K. auszusetzen und die Konferenz solange zu vertagen.

Als Vertreter des A. K. werden bezeichnet die Genossen Grimm, Plat = ten, Dr. Woker und Dürr.

Schluss der Sitzung 10 Uhr. *h*

Der Protokollführer:

Karl Dürr

Protokoll

der

15. Sitzung des Aktionskomitee, Donnerstag, den 22. August nachmittags
1 Uhr im Konzertsaal O l t e n - Hammer.



Traktanden:

1. Verlesen des Protokolls, 2. Mittelingen, 3. Beirat zum Ernährungsamt, 4. Kohlengeschäft, 5. Protokollruck., 6. Finanzierung, 7. Industrielle Landwirtschaft, 8. Verschiedenes.

Anwesend sind mit Ausnahme der Allgöwer, Kaufmann, Düby und Graber, die entschuldigt sind, alle Mitglieder des A.K. Statt des Gen. Düby ist Genosse Perrin erschienen.

Das Protokoll der 14. Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Präsident bringt einige Zuschriften zur Kenntnis.

Beirat. Präsident Grimm berichtet über seine Besprechung mit dem neuen Lebensmitteldirektor Goumoens und den erhaltenen Eindruck. Er gibt einen kurzen Umriss über das Tätigkeitsgebiet des neuen Amtes. Unsere heutige Konferenz soll nun 3 Vorschläge für den zu errichtenden 10 köpfigen Beirat machen. Ein Mitglied desselben soll den christlichen Organisationen und eines dem Städteverband vorbehalten bleiben. Die übrigen 5 Mitglieder werden von Produzentenorganisationen bestimmt, eines davon immerhin von der Armee. Im übrigen müsse man nun die Tätigkeit des neuen Beamten abwarten, bevor man ein Urteil abgebe.

Huggler ist damit einverstanden, dass wir in der Kommission mitarbeiten. Es sei auch Tatsache, dass eine kleine Kommission besser arbeite als eine grosse. Wir müssen die Vertreter sorgfältig auswählen und sie verpflichten, uns Bericht zu erstatten.

Schneider: Wir müssen die Kommission bestellen, sonst wären die Arbeiter enttäuscht. Wenn die Kommission will, kann sie etwas ausrichten. Sie muss dem A.K. verantwortlich sein.

Platten: Der Ausgang des Basler Kongresses hat den Weg bestimmt, der zu gehen ist. Er persönlich sei damit allerdings nicht einverstanden. Wir werden damit in den Sumpf kommen. Unsere Mitarbeit müsste von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein. Die Kommission müsste autoritativ auftreten und Kompetenz für diktatorische Entscheidung beanspruchen. Wir müssten Einsichtnahme in alle Akten verlangen. Die Forderung, dass wir in der Kommission die Mehrheit beanspruchen, sei ebenfalls nicht erfüllt. Wenn wir uns nicht auf den Boden stellen, konsequent prinzipielle Politik zu betreiben und den Burgfrieden abzulehnen, mache er nicht mit. Er stellt folgenden Antrag:

„Das Aktionskomitee erklärt eine Delegation in das Ernährungsamt erst abzuordnen, wenn

1. Die Kompetenzen des Ernährungsamtes im Sinne diktatorischer Gewalt und der damit verbundenen Kontrollrechte festgestellt werden.
2. Grundlegende Erörterungen von Interessengruppen und Bundesorganen nur im Beisein vom Ernährungsrat stattfinden dürfen.
3. Den Arbeiterkonsumenten die Mehrheit im Ernährungsrat zugesichert ist.
4. Die Delegation erfolgt unter Vorbehalt des Abberufungsrechtes.

Schürch erklärt sich mit Huggler einverstanden. Auch auf die französische Schweiz sei gebührend Rücksicht zu nehmen. Sie dürfen bei der Bestellung von Kommissionen nicht wie bis heute ignoriert werden.

Dürr kann den Standpunkt Plattens nicht teilen. Entweder beteiligen wir uns in der Kommission und arbeiten praktisch mit, wo wir es im Interesse der Arbeiter vermögen, oder wir stellen uns mit Platten auf den Standpunkt der Negation und bleiben aus der Sache. Die Anträge Platten werden bewirken, dass man uns vorwirft, wir hätten den ernststen Willen zur Mitarbeit nicht und suchten nur nach Argumenten, um uns zu drücken. Auch der

Meinung von Schürch könne er nicht beitreten. Die Welschen sind seit längerer Zeit im A.K. vertreten, haben aber manche Sitzung nicht besucht.

Reichmann: Das aufgestellte Programm sei bescheiden und es habe in letzter Linie doch eben der Bundesrat das entscheidende Wort. Er stimme mit Platten überein, alle die etwas haben, werden sich wehren, etwas zu geben. Wir müssen in Zukunft unsere Forderungen mehr präzisieren, so wie es die Waadtländer am Kongress getan haben. Der Ernährungsbeirat solle wenigstens von allem Anfang dafür sorgen, dass er nicht behandelt wird wie die Notstandskommission.

Grimm: Wir müssen uns klar sein, entweder auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse soviel wie möglich zu erreichen, andernfalls müssen wir sagen, was wir wollen. In Russland hat so mancher lernen müssen. Wenn wir nicht zu kollektivistischer Arbeit kommen, werden wir nichts erreichen. Das Programm Platten bedeutet die Negation, solange wir nicht die Macht haben. Wenn wir bei unserer Aktion für die Arbeiter nichts herauschlagen, stecken wir lieber auf.

Platten will mit den Interessen der Arbeiter nicht Schindluder treiben. Leider werden wir oft vor Tatsachen gestellt, ohne politisch orientiert zu sein. Wir gedenken von Detail zu Detail zu gehen. Statt dessen sollte der Beirat nur prinzipielle Fragen entscheiden. Unserer Aufgabe ist, aus dem Ernährungsrat etwas zu machen, was die Arbeiter befriedigt.

Huggler: Es sollte möglich sein, einen Vertreter mehr zu erlangen, sonst können wir die Landesgegenden nicht genügend berücksichtigen. Die Arbeiterschaft hat den Beirat nicht gefordert als Gleichgewichtsinstanz.

Schneider: Ich kann nicht einsehen, wie wir mit der Entsendung von Vertretern ins Ernährungsamt einen Kurswechsel vornehmen. Was wir hier tun, haben wir auf kantonalem Boden schon längst getan. Der Beirat wird sein, was er sein will. Der Bundesrat wird in 90 % der Fälle auf seine Anträge eintreten müssen. In Basel ist das Kriegsfürsorgeamt dem Regierungsrat in gewissem Sinne gleichgestellt. Es ist vielleicht gut, wenn wir die Mehrheit nicht haben, wir haben dann auch weniger Verantwortlichkeit.

Der Antrag Platten wird abgelehnt, die Beteiligung am Beirat beschlossen.

Platten erklärt, als Mitglied des A.K. demissionieren zu müssen.

Grimm: Hiezu liegt kein Grund vor.

Die Demission wird auf mehrfachen Zuruf nicht akzeptiert.

Als Vertreter der Arbeiterschaft in den Beirat werden vorgeschlagen: Geobert Grimm, Fritz Schneider und Charles Schürch.

Grimm behält sich für den Fall seiner Wahl als Gemeinderat Demission vor.

Kohlenfrage. Grimm orientiert über seine Besprechungen mit dem Bundesrat in dieser Sache. Wir müssen sehen, die Geschäfte, die die Privaten machen, selber zu machen und den Bezug von Hausbrand in unsere Hände zu nehmen, entweder durch Organisation einer eigenen Einfuhrstelle oder durch eine solche der Gemeinde Bern. Er würde letzteres empfehlen. Andere Gemeinden könnten sich dann der bestehenden Organisation anschliessen. Die Bedingung ist, Kohlen zu den denkbar billigsten Bedingungen zu beziehen. Will Deutschland für die Minderbemittelten entgegenkommen, so kann uns das nur recht sein.

Huggler fragt an, ob andere Städte dann nicht dasselbe tun können wie Bern.

Schneider stimmt dem Vorschlag Grimm zu. Es handelt sich nicht um Verteilung, sondern um die Organisation der Einfuhr. Basel vergütet heute den Notstandsberechtigten 100 Fr., den anderen die Hälfte. Es lässt sich wohl denken, noch eine weitere Verbälligung zu erzielen.

Ilg glaubt, man werde grossen Widerstand finden. Wird das Projekt verwirklicht, so sollten auch die Gewerkschaften zur Verteilung herbeigezogen werden.

Grimm: Wir werden harte Kämpfe mit den Spediteuren bestehen müssen. Trotz alledem sollten wir systematisch beginnen.

Es wird beschlossen, die Einfuhrstelle der Gemeinde Bern zu überlassen. Protokoll. Grimm: ~~Es~~ Man sollte das Protokoll drucken lassen. Ursprünglich habe er die Absicht gehabt, eine Broschüre zu schreiben, sei dann aber aus Sparsamkeitsgründen davon abgekommen. Nach den Berechnungen der Unionsdruckerei kämen 2000 Protokolle auf 1846Fr., 3000 auf 2100 Fr. den Verbänden sollte nach Massgabe der Mitgliederzahlen eine gewisse Anzahl zur Abnahme überbunden werden.

Reichmann glaubt, die Verbände seien nicht solche Spezereihändler, dass sie die ihnen überbundenen Exemplare nicht bezahlen.

Dürr ist der Meinung, dass man die Verbände erst befragen sollte. Es gehe nicht an, einfach über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse zu fassen, die sie finanziell engagieren, das rufe nach gemachten Erfahrungen nur der Opposition.

Huggler glaubt für den Zugpersonalverein die Garantie übernehmen zu können, dass dieser 300 Protokolle übernehme und auch bezahle.

Schneider: Wenn es ohne lange Verzögerung möglich ist, sollte man die Organisationen befragen.

Perrin: Der V.S.E.A. wird ebenfalls eine Anzahl kaufen. Dürr: Man müsse sich auch darüber klar sein, dass eine französische Ausgabe erstellt werden müsse, was die Kosten verdoppelt.

Platten ist für Drucklegung, im übrigen für den Antrag Dürr. Auch die welsche Ausgabe sei zu berücksichtigen.

Ilg hält dafür, dass das Protokoll deutsch und französisch herausgegeben werden muss.

Der Antrag auf Drucklegung wird mit dem Antrag Dürr angenommen. Finanzierung. Huggler: Wir müssen sehen, dass dem A.K. Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im Zugpersonalverband ist beschlossen worden, von den Mitgliedern der Eisenbahnverbände einen Extrabeitrag von 4bis5 Franken zu erheben, um einen Fond zu schaffen. Von diesem Fond würde man einen Betrag von etwa 10 % dem A.K. zur Verfügung stellen. Auch die anderen Verbände werden sich nach Mitteln umsehen müssen, da die jetzigen Beiträge zu niedrig sind. Diese Frage wird nächstens im Ausschuss besprochen werden müssen.

Reichmann: Wir haben nach Konstituierung des A.K. beantragt, es sei pro Mitglied jedes Verbandes ein Extrabeitrag von 1 Fr. zu bezahlen. Diese Summe ist bei uns bewilligt worden. Was ist mit dem Antrag geschehen?

(Dürr bemerkt, dass er in einer Umfrage von den meisten Verbänden abgelehnt worden sei.) Soll nun periodisch ein Beitrag erhoben werden oder wollen wir einen einmaligen Beitrag leisten? Redner ist für das letztere.

Ilg: Der Antrag der Holzarbeiter auf einen Franken geht zu weit. Der Föderativverband bezahlt in diesem Fall keinen roten Rappen. Die Verbände lassen sich so etwas nicht einfach vorschreiben. Dagegen wäre es möglich, einen einmaligen Beitrag von 5 Rappen pro Mitglied zu erheben.

Perrin: Die finanzielle Lage des V.S.E.A. sei schwierig. Die Verbände bezahlen jetzt schon einen Extrabeitrag von 2 Fr., das Defizit betrage 57.000 Fr. Der Vorschlag Huggler wird abgelehnt werden.

Der Antrag Ilg wird sodann angenommen.

Schneider glaubt, man solle zur allgemeinen Orientierung gleichwohl eine Broschüre herausgeben.

Schürch spricht sich dagegen aus. Eine solche Broschüre wäre in wenigen Wochen überholt. Das Geld wäre zwecklos ausgegeben.

Perrin wirft die Frage auf, ob man nicht Protokoll und Bericht vereinigen könnte.

Es wird beschlossen, die Frage der Broschüre offen zu lassen. Industrielle Landwirtschaft. Grimm erklärt, dass die Frage zur Behandlung nicht genügend spruchreif sei. Man sollte zu ihrer Behandlung eine spezielle Kommission einsetzen.

Der Antrag wird angenommen und als Mitglieder dieser Kommission bestimmt Huggler, Reichmann, Platten, Heeb-Winterthuf. Huggler als Präsident. Platten lehnt die Mitarbeit in dieser Kommission ab.

Verschiedenes. Grimm schlägt vor, an die kantonalen und lokalen Organisationen eine Publikation zu erlassen über die Vorschriften für Bekämpfung der Hamsterei.

Huggler empfiehlt, dahin zu wirken, Vorschriften aufzustellen darüber, was unter den Begriff Hamsterei fällt. Die Auffassung sei in den Kantonen verschieden.

Grimm: Es seien zentrale Vorschriften vorhanden, aber die Kantone machen nichts und da sollten die Organisationen nachhelfen.

Schneider erläutert an Beispielen, dass der Begriff der Hamsterei verschieden ausgelegt werde, da müssen einheitliche Richtlinien aufgestellt werden.

Platten: In Genf ist ein Genosse Diviborski verhaftet worden, weil er einem steckbrieflich Verfolgten Unterschlupf gewährt haben soll. Auch Genosse Münzenberg werde in einer Art behandelt, die nicht zulässig sei. Eine Delegation des A.K. sollte beim Bundesrat vorstellig werden, das habe mehr Wirkung als wenn sonst jemand komme.

Schürch fragt an, ob man nicht auch im Falle Bertoni vorstellig werden sollte.

Durr erinnert daran, dass erst in der letzten Sitzung von Platten betont worden sei, man dürfe das A.K. nicht mit solchen untergeordneten Sachen belasten.

Ilg ist der gleichen Meinung. Grimm erklärt sich bereit, mit Schneeberger und Platten bei Bundesrat Müller vorzusprechen.

Perrin beantragt, es sei die Eingabe des Nebenbahnerpersonals beim Bundesrat zu unterstützen.

Grimm ist damit einverstanden. Schürch vertritt den gegenteiligen Standpunkt. Die Eisenbahner seien Organisationen wie die anderen auch und sie müssen auch die gleichen Kampfmittel anwenden wie die anderen Gewerkschaften.

Durr ergänzt die Ausführungen von Schürch. Bei den Bundesbahnern habe es sich schliesslich um Staatspersonal gehandelt, was bei den Nebenbahnern nicht der Fall ist. Wenn jede andere Gruppe ihre Bewegungen aus eigener Kraft führen müsse, so auch die Nebenbahner, sonst kommen wir zu unhaltbaren Zuständen.

Schneider versteht die vorgebrachten Bedenken, ist aber gleichwohl für die Unterstützung. Der Bund kann auf die Nebenbahnen einen starken Druck ausüben. Der Hauptgrund aber sei der, dass wir damit den Kreis der Bewegung immer mehr ausdehnen.

Ilg hält den Standpunkt, der hier vertreten werde, für einen eigentümlichen.

Platten ist für die Unterstützung der Eingabe. Ueber die Arbeitszeit solle man jedoch nichts sagen.

Huggler bezeichnet die Auffassung der Gewerkschafter als falsch. Was wir hier ablehnen wollen, betrachten wir bei den Staats- und Gemeindefacharbeitern als selbstverständlich.

Mit Mehrheit wird beschlossen, die Eingabe zu unterstützen.

Schluss 5 Uhr. Der Protokollführer:



P r o t o k o l l

der 16. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstag, den 12. September 1918
nachmittags 1 Uhr im Konzertsaal O l t e n - Hammer.

Traktanden:

1. Appell, 2. Protokoll, 3. Mitteilungen, 4. Industrielle Landwirtschaft, 5. Kartoffelversorgung, 6. Milchversorgung, 7. Verschiedenes.

Anwesend sind die Genossen: Grimm, Huggler, Ilg, Reichmann, Schneider, Graber, Dürr, als Gast Heeb, entschuldigt abwesend Kaufmann und Schürch, unentschuldigt Allgöwer und Düby. Pflatten hat endgültig demissioniert und soll die Partei um eine Neuwahl ersucht werden,

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Mitteilungen. Es werden einige Schreiben über Abschiebung von Deserteurern zur Kenntnis gebracht, aus denen sich ergibt, dass der Bundesrat sein Versprechen, den betreffenden Bundesratsbeschluss mit Milde zu handhaben, nicht hält.

Beschluss: Eingabe an den Bundesrat.

Ferner liegen Schreiben vor von der sozialdem. Fraktion des Grossen Stadtrates von Zürich und aus dem Oberengadin, die Viehausfuhr und Kartoffelversorgung betreffend. Ueber die Viehausfuhr soll im Nationalrate eine Aussprache herbeigeführt werden, die andere Angelegenheit wird später behandelt.

Aus einer vom Bureau ausgefertigten Zusammenstellung geht hervor, dass 1551 Protokolle in deutscher und 90 in französischer Sprache bestellt sind, die französische Ausgabe fällt daher dahin.

Die Verbände der Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Lederarbeiter, Schneider, Zimmerleute, Weichen- und Bahnwärter lehnen den Bezug ab, die Parteileitung, die Typographen, Papierarbeiter und Textilarbeiter haben noch nicht geantwortet, die A.U.S.T. reduziert die Zahl der zugewiesenen Exemplare von 200 auf 120. Es wird beschlossen, eine Auflage von 800 Exemplaren herstellen zu lassen.

Die Subventionierung des A.K. mit 5 Rp. pro Mitglied haben mit Ausnahme der Papierarbeiter, Textilarbeiter, Typographen und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz alle Organisationen zugestimmt.

Die A.U.S.T. will nur ein Pauschale von 350 Fr. leisten, was abgelehnt wird.

Industrielle Landwirtschaft. Huggler bringt einen schriftlichen Bericht zur Verlesung, der dem Protokoll als Anhang beiliegt. Er teilt weiter mit, dass sich die Arbeiterschaft in Zürich mit der Frage ebenfalls befasst und scharfe Kritik geübt habe. Man sei aber allgemein der Meinung, dass nichts zu machen sei und dass die Sache nur vorübergehenden Charakter trage.

Grimm ist mit dem ersten Teil des Berichtes, der eine gute Orientierung gebe, einverstanden, dagegen kommt er zu anderen Schlussfolgerungen. Die Bedeutung der Frage werde unterschätzt. Wir werden praktisch gezwungen sein, Stellung zu nehmen. In vielen Kantonen bilden sich Gesellschaften, die die industrielle Landwirtschaft fördern. Demgegenüber können wir uns nicht passiv verhalten. Soweit brachliegendes Land von den Bauern nicht selber bewirtschaftet werden kann, muss für Bereitstellung von Arbeitskräften gesorgt werden.

Das Ernährungsamt sollte die Frage der industriellen Landwirtschaft als Zentralstelle zu ihrem Arbeitsgebiet machen. Die Arbeiterschaft muss dabei vertreten sein. Die Bewirtschaftung von melioriertem Land muss im Grossen erfolgen. Es muss der Grundsatz gelten, dass jeder, der sich nicht über eine gesellschaftlich notwendige Arbeit ausweisen kann, heranzuziehen ist, so vor allem das arbeitslose Gesindel in den Städten, das sich der Schwelgerei ergibt. An Stelle des militärischen Drilles, der nun vier Jahre gedauert hat, könnte man das Militär für Meliorationen verwenden.

Melioriertes Land darf Privatunternehmern nicht ausgeliefert werden. Wenn es der Bund oder die Kantone nicht selber bebauen, so könnte es an Arbeitergenossenschaften verpachtet werden. Der Boden muss mit Maschinen bearbeitet, die Produkte müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden und dürfen nicht nur einigen Bevorzugten zugute kommen. Landaufkäufe der Unternehmer sind zu verbieten.

Wir müssen die Arbeiterschaft orientieren, dass die industrielle Landwirtschaft, wie sie von den den Unternehmern betrieben wird, nichts anderes ist als das Wiederauflaben des Trucksystems.

Huggler: Die Kommission konnte die Frage nicht in ihrem ganzen Umfange studieren, sie hat nur die nächste Umgebung berücksichtigt. Wollen wir auf die Vorschläge Grimme eingehen, so müssen wir das ganze Ernährungsproblem aufrollen.

Ilg: Die industrielle Landwirtschaft wird ohne Zweifel grosse Dimensionen annehmen. Um nicht vollständig ins Hintertreffen zu geraten, müssen wir dahin wirken, dass sich in den Fabriken die Arbeiterkommissionen an die Spitze stellen.

Meliorationen im Grossen könne nur der Bund vornehmen, doch bezweifle er die Möglichkeit, dass dies geschehe. Im übrigen ist es nicht gedagt, dass wir gleich mit dem Generalstreik drohen müssen, wenn etwas unseren Wünschen nicht entspreche, es gebe noch andere Mittel, uns Geltung zu verschaffen.

Einer Behandlung der Frage in einer Broschüre ziehe er ~~ein~~ eine Artikelserie in der Gewerkschafts- und Parteipresse vor.

Schneider: Wir müssen die Arbeitsorganisation vom Staat durchführen lassen und zwar müsse dabei die ganze Ernährungsfrage behandelt werden. Ueber den Weg müssen wir uns verständigen und unsere Forderungen in einem Programm niederlegen. Die landwirtschaftliche Produktion müsse anders angefasst werden als bisher. Die unrationelle Parzellierung müsse verschwinden. Die Subkommission solle erweitert werden.

Heeb: Bei Prüfung der Sache ergebe sich, dass die Ansicht Grimms ein frommer Wunsch bleibe, es sei denn, wir kommen zur Zivildienstpflicht. Die Zürcher Erfahrungen mit dem Gemüsepreis zeigen, dass wir mit der Flickarbeit, wie sie betrieben wird, nirgends hinkommen. Die Verordnung über industrielle Landwirtschaft sei schon im Januar erlassen worden. Damals hätte man mit dem Kampf einsetzen müssen.

Grimm: Praktisch trittan uns heran: Wie wird die Frage der industriellen Landwirtschaft gelöst werden?

Graber schliesst sich in der Hauptsache den Ausführungen Grimms an. Er ist ebenfalls für eine weitere Untersuchung der Frage.

Reichmann: Es hat keinen Zweck, die industrielle Landwirtschaft zu bekämpfen, wir müssen nur darauf achten, dass sie uns nicht zum gresen Schadenauswächst. Ich habe früher schon befürwortet, dass der Bund Land in Zwangspacht nehmen soll, ohne besonderen Anklang zu finden. Wir kommen immer zu spät. Wer soll überhaupt das Land anbauen? Kein Mensch ist dafür zu haben. Die Arbeiter werden lieber arbeitslos herumlaufen als dass sie diese Arbeit verrichten.

Dürr: Bei der ersten Diskussion über die Zivildienstpflicht habe ich mich in meinen ersten Vorschlägen nicht prinzipiell ablehnend verhalten, da es mir klar war, dass wenn Lebensmittel beschafft werden sollen, auch die nötigen Arbeitskräfte gestellt werden müssen. In einigen Kreisen zeigte man sich aber darüber sehr ungehalten. Abgelehnt habe ich aber das vorliegende Projekt, in dem der Arbeiter ganz wehrlos gemacht werden sollte.

Gegen die Überlassung von melioriertem Land an die Industriellen wie es in der Verordnung über Wehranbau enthalten war, habe ich in der Notstandskommission Einspruch erhoben und verlangt, dass solches Land Genossenschaften übergeben werden solle, die von den Arbeitern dieser Betriebe gebildet werden. Man stand der Idee nicht unsympathisch gegenüber. Es ist aber leider nichts geschehen. Wenn wir die nötigen organisatorischen Kräfte hätten, stände der Bildung von Genossenschaften nichts im Wege. Laut einem Beschluss des Bundesrates hätten sie sogar Anspruch auf Bundessubvention zur Anschaffung von Maschinen und Saatgut.

Viel eher noch als den Grossunternehmern könnte die landwirtschaftliche Produktion noch den Städten überlassen werden, die über Kredit und eigene Arbeitskräfte verfügen, genau so wie die Industriellen. Leider ermuntern hier die gemachten Erfahrungen nicht besonders, die mangelnde Sachkenntnis, der fehlende gute Wille und der verknöcherte Bürokratismus stehen dieser Eigenproduktion der Städte entgegen.

Sehr vorsichtig muss man sein hinsichtlich von Forderungen betreffend Ausführungen von Meliorationen durch Militär. Wenn wir schon das zugestehen, müssen wir auch der Zivildienstpflicht zustimmen, sonst kann man uns mit Recht Inkonsequenz vorwerfen.

Redner erklärt sich mit den Ausführungen Grimms einverstanden, glaubt aber nicht, dass die ganze Ernährungsfrage aufgerollt werden müsse, um zu einem praktischen Resultat zu gelangen. Wir müssen an das bereits vorhandene anknüpfen.

Huggler gibt zu, dass die einzelnen Städte brauchbare Kräfte haben, doch sei die Elastizität der Industriellen grösser. Die Fabriken liegen den zu bebauenden Gebieten meist auch näher als die Städte, was nicht übersehen werden darf.

Es wird beschlossen, die Angelegenheit weiter zu prüfen. Genosse Schneider wird noch als viertes Mitglied in die Kommission delegiert.

Kartoffelfrage. Dürr nimmt Bezug auf die Verordnung des Volkswirtschaftsdepartementes betreffend Kartoffelversorgung, nach der den Konsumenten ein Jahresquantum von 90 kg zustehe, während die Produzenten über mehr als dreimal so viel verfügen können. Er beantragt, an den Bundesrat und an die Notstandskommission eine Eingabe zu richten, in der eine bedeutende Erhöhung der Ration verlangt wird.

Heeb bemängelt die kolossale Verschwendung, die mit den Kartoffeln getrieben wird. Er kritisiert ferner die viel zu hohen Höchstpreise. Man müsse auch auf die Preisbildung einzuwirken versuchen.

Huggler wünscht, dass in der Eingabe gesagt werde, dass der Bund Reserven anzulegen habe und dass für die unteren Bevölkerungsschichten die Ration besonders erhöht werde.

Graber: Es sollte ein Preisausgleich stattfinden und die gleichmässige Zufuhr nach den Konsumzentren sichergestellt werden.

Schneider: Die Zuteilung der Versorgungsgebiete sei unsinnig, doch wird das kaum geändert werden können. Die Zuteilung pro Kopf sei nicht wichtig, es müsse auch das Alter berücksichtigt werden.

Es wird gemäss dem Antrag Dürr beschlossen.

Viehexport. Grimm: Ueber diese Angelegenheit sind wir zu wenig orientiert, um hier Stellung nehmen zu können. Man sollte die Behandlung dieser Frage dem Parlament überlassen, das nächste Woche zusammentritt.

Heeb: Jedesmal, wenn gegen die Viehausfuhr etwas eingewendet wird, heisst es, es seien Kompensationsobjekte, das Ernährungsamt sollte sich hier Einsicht verschaffen.

Kohlenfrage. Grimm: Seit drei Wochen besteht ein zäher Kampf zwischen uns, den Händlern und den Zechen. An einer Konferenz mit den Vertretern der industriellen Kriegswirtschaft wurde erklärt, die deutschen Zechen wollten ihre bisherigen Kunden nicht im Stiche lassen. Es wurde vorgeschlagen, wir sollten uns mit Hirter verständigen. Letzterer will nun monatlich 15 Wagen liefern. Das ist natürlich viel zu wenig. Schliesslich erklärte sich sowohl der Vertreter der deutschen Regierung wie der der industriellen Kriegswirtschaft mit der in Aussicht genommenen Lieferung an die Gemeinde Bern einverstanden. Doch damit ist noch nicht viel erreicht. Man sucht uns auf alle Arten Hindernisse in den Weg zu stellen. Wir brauchen einen Kohlenfachmann, sodann die nötigen Einrichtungen. Es sind bei den hohen Kohlenpreisen auch gewaltige Geldsummen erforderlich. Vorerst kann es sich überhaupt erst um einen Versuch mit Bern handeln. Je nachdem, wie er ausfällt, werden wir den Betrieb ausdehnen auf andere Städte.

Huggler: Auch das A.K. sollte sich mit der Frage der Brennstoffversorgung befassen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Situation entstehen könnte, wenn durch Kriegsereignisse die ganze Kohlenzufuhr unterbrochen würde. Der Bund sollte für genügend Brennholz sorgen, event. auch auf Kosten der Holzausfuhr.

Dürr: Die Brennstofffrage leidet unter denselben Schwierigkeiten wie die ~~industrielle~~ landwirtschaftliche Produktion. Holz wäre in abgelegenen Gegenden noch genug vorhanden, aber es fehlt die Möglichkeit, es wegzuschaffen. Auch würde in vielen Fällen eine noch grössere Verschwendung eintreten, als sie jetzt schon sei.

Vorläufig will man die Sache ruhen lassen, da man die Möglichkeit einer praktischen Lösung nicht sieht.

Milchfrage. Dürr orientiert kurz über den Stand der Diskussion in der Milchfrage. Er empfiehlt mit der Stellungnahme noch zuzuwarten, bis die Standskommission sich mit der Frage befasst hat.

Schneider tritt für einheitliche Rationierung im Gebiete der ganzen Schweiz ein.

Heeb vertritt die Meinung, dass alle Lebensmittel auch in den Wirtschaften rationiert werden sollen.

Es wird kein Beschluss gefasst.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Der Protokollführer:

Karl Dürr

Protokoll

17. Sitzung des Aktionskomitees, Montag, den 23. September 1918
nachmittags 2 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Bern



Traktanden:

1. Protokoll, 2. Mitteilungen, 3. Stellungnahme zur Bestellung des eidgen. Ernährungsamtes, 4. Kartoffelversorgung, 6. Verschiedenes.

Appell. Anwesend sind mit Ausnahme von Allgöwer und Reichmann alle Mitglieder des Komitees, Für Genossen Kaufmann ist Herr Dr. Woker erschienen. Dübi und Woker entschuldigen nachträglich ihre Abwesenheit an der letzten Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.
Mitteilungen. Ein konfuse Schreiben aus Basel wird beiseite gelegt.

Bestellung des Ernährungsamtes. Grimm teilt mit, dass er an den Ernährungsdirektor ein Schreiben gerichtet habe, in dem das Verlangen nach einer der Stärke der Arbeiterschaft entsprechenden Vertretung gestellt wird. Er hält es für selbstverständlich, dass man nicht nachgibt. Wir wollen keine grosse, sondern eine kleine arbeitsfähige Kommission.

Graber empfiehlt Festhalten an der Zahl von 10 Kommissionsmitgliedern.

Das A.K. stimmt der Auffassung von Grimm zu. Es wird ein zweites Schreiben an den Ernährungsdirektor abgesandt.

Kartoffelversorgung. Grimm macht Mitteilung, von Versuchen des V.S.K. mit dem Gemüsebau. Die Verwaltung beabsichtige, die Produktion auf genossenschaftlichen Boden zu stellen. Mit der Tendenz des geplanten Unternehmens können wir einverstanden sein, sofern Garantien geboten werden, dass keine Zwischengewinne erzielt werden sollen.

Ilg: Der Augenschein in Winterthur habe ihn davon überzeugt, dass die Unternehmer mit ihren Versorgungsversuchen nicht weit kommen werden. Einzig das Fleisch finde grösseren Zuspruch. Viele Artikel werden von den Arbeitern gar nicht verlangt, andere werden von Privathändlern billiger und besser geliefert. Sulzer hätte allerdings Landkomplexe gekauft, doch sei gar nicht daran zu denken, dass diese von den Arbeitern beabachtet werden können, weil die ~~wirtschaftlichen~~ Ländereien zu weit von den Betrieben liegen.

Schneider: Die bestellte Subkommission konnte sich bisher nicht mit der Frage der industriellen Landwirtschaft befassen. Den Vorstöss der Industriellen habe er nie tragisch genommen. Auf den Vorschlag des V.S.K. sollte man nicht eintreten, bis der Bericht der Kommission vorliege.

Dürr hat den Vorschlag des V.S.K. schon darum begrüsst, weil sich hier ein Weg zeige, wie man um die drohende Zivildienstpflicht herumkommen könne. Man sollte auf alle Fälle hören, wie die Sache gedacht ist, ein Abwarten des Berichtes der Subkommission sei nicht nötig.

Huggler: Jäggi hat uns von der Sache erzählt. Ich glaube auch, dass auf diesem Wege etwas zu machen ist und bin dafür, dass eine Vertretung des A.K. an der in Aussicht genommenen Konferenz teilnimmt.

Grimm und Huggler werden an die Sitzung delegiert.

Dübi berichtet über die Aufnahme der Eingabe des A.K. an den Bundesrat in der Frage der Kartoffelversorgung. in der Notstandskommission.

Nach den erhaltenen Auskünften habe er allerdings auch Zweifel darüber, ob die verlangten Quantitäten geliefert werden können. Im übrigen sei er in der Lage, dem Genossen Grimm für seine Interpellation im Nationalrat

noch Material zur Verfügung zu stellen.

Dürr erklärt, wie die Eingabezustände gekommen ist. Man hätte sich vielleicht besser auf den Boden unserer Eingabe vom 22. Juli gestellt und Beschlagnahme der Ernte gefordert.

Ilg: Es müsse die Frage der Uebernahme aller Preisaufschläge durch den Bund neuerdings geprüft werden, denn die Unternehmer wollen und können zum Teil keine höheren Löhne mehr zahlen.

Dürr teilt mit, dass diese Frage in der Nötstandskommission in Behandlung sei. Die Lösung sei jedoch ausserordentlich schwierig, schon darum, weil wir zu einem ungeheuerlichen bürokratischen Apparat kämen.

Schneider glaubt auch nicht, dass der Gedanke von Ilg durchführbar sei. Doch müssen auf alle Fälle die Massenkonsumartikel einbezogen werden. Ebenso sollte man den Arbeitern Barvorschüsse zum Ankauf von Kartoffeln zum Einkellern geben. Die Frage der Verbilligung der Milch für die ganze Bevölkerung sollte ebenfalls geprüft werden.

Grimm verweist auf die politische Krisis in Deutschland, die uns vielleicht vor ganz neue Probleme stellt. Es braucht nur eine Störung der Zufuhr einzutreten, so steht unsere ganze Wirtschaft still.

Huggler erwartet von der Bewegung in Deutschland nichts, immerhin brauche es nur eine kurze Zuführstockung und unsere Industrie ist lahmgelegt. Die Ansicht von Ilg könne in der Weise verwirklicht werden, dass man die ganze Konsumation in Büchlein eintragen lässt, auf die dann die Rückvergütung verrechnet wird. Vorbedingung sei allerdings eine Ausdehnung der Rationierung auf möglichst viele Produkte.

Ilg beantragt, vom Bundesrat sei eine Konferenz zu verlangen, in der er über die Ausführung der Zugeständnisse an uns Auskunft geben soll.

Es wird beschlossen, Montag, den 30. September, vormittags 10 Uhr eine weitere Sitzung zur Besprechung der Ernährungsfrage abzuhalten und im Anschluss daran vom Bundesrat eine Konferenz zu verlangen.

Ilg und Dürr sollen die Tagesordnung vorbereiten.

Schluss der Sitzung 4 Uhr.

Der Protokollführer:

P r o t o k o l l
der 18. Sitzung des Aktionskomitees, Montag, den 30. Sept.
vormittags 10 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes, B e r n .



T r a k t a n d e n :

1. Appell, 2. Protokoll, 3. Ernährungsfragen, 4. Delegation zum Bundesrat, 5. Verschiedenes.

Appell. Anwesend sind die Genossen Grimm, Ilg, Reichmann, Schürch, Schneider, Dr. Woker und Dürr. Entschuldigt Düby und Allgöwer, der zugleich wegen Arbeitsüberhäufung seinen Rücktritt erklärt.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Ernährungsfragen. Dürr berichtet über den Verlauf der Konferenz zur Vorbesprechung der Errichtung einer schweiz. Gemüsebaugenossenschaft. Er spricht sich dafür aus, dass sich Aktionskomitee und Bundeskomitee der Sache annehmen und mitarbeiten sollen.

Schneider steht, nachdem er sich mit der Frage befasst hat, der Gründung ebenfalls sympathisch gegenüber. Er ist der Meinung, dass Gewerkschaften und Mitgliedschaften korporativ eintreten sollten. Das wird der beste Weg sein, um der gegenwärtigen Lage einigermaßen Herr zu werden.

Grimm macht darauf aufmerksam, dass von der Stadt Bern beabsichtigt sei, grosse Ländereien zu erwerben, um die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Eine Störung der genossenschaftlichen Tätigkeit ist damit nicht beabsichtigt, im Gegenteil, es wird gut sein, wenn wir da hinein gehen.

Es wird beschlossen, den Organisationen den Eintritt zu empfehlen.

Delegation zum Bundesrat. Grimm: Die ~~fixierte~~ mit dem Bundesrat in Aussicht genommene Konferenz kann diese Woche unmöglich stattfinden. Wir können auch nicht ganz unvorbereitet kommen., sondern müssen ein kleines Programm ausarbeiten, in dem angedeutet ist, was behandelt werden soll. Es handelt sich in erster Linie um die Kartoffelfrage, den Viehexport, Verteilung der Monopolwaren, Erweiterung der Notstandsaktion usw.

Dürr berichtet über die Verhandlungen in der letzten Sitzung der Notstandskommission. Die Kartoffelfrage sei nochmals behandelt und von ihm die Vornahme einer Bestandaufnahme verlangt worden. Sodann hat man sich mit den verschiedenen Notstands- und Rationierungsaktionen befasst. An der nächsten Sitzung sollen definitive Frage Beschlüsse gefasst werden.

Grimm gibt der Meinung Ausdruck, ob unter diesen Umständen jetzt eine Konferenz nötig sei.

Ilg: Man sollte sie verlangen, um dem Bundesrat wieder einmal Schrecken einzujagen.

Schneider verspricht sich nicht viel von einer weiteren Diskussion. Für jetzt sei die Hauptsache die Behauptung der zugesicherten Vertreter im Ernährungsamt.

Der Präsident wird beauftragt, die Konferenz mit dem Bundesrat zu gutschneidernder Zeit zu vereinbaren.

Reichmann verlangt Schritte wegen Entziehung der Zusatzbrotkarte an Schreiner vom 1. Oktober.

Er wird auf den Bundesratsbeschluss von Mitte September 1917 verwiesen, in dem diese Sache geregelt ist. Gegen Verstösse muss beim kantonalen Ernährungsamt Einsprache erhoben werden.

Schluss der Sitzung 11 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Der Protokollführer:

Protokoll

der 19. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstag, den 10. Oktober nachmittags 1 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes in Bern.



Traktanden:

1. Appell, 2. Protokoll, 3. Besprechungen der Forderungen an den Bundesrat.

Anwesend sind die Genossen Grimm, Ilg, Schneider, Dr. Woker, Düby, Huggler, Graber und Dürr, als Gast Reinhard. Entschuldigt Schürch, unentschuldigt Reichmann.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Nach Vorschlag Grimm werden die einzelnen Punkte, die mit dem Bundesrat zu behandeln sind, einer Vorbesprechung unterzogen, währenddessen zirkuliert eine Antwort des Bundesrates in Sachen der Rückweisung der Deserteure und in der Kartoffelfrage.

Ernährungsamt. Vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes liegt ein schriftlicher Antrag vor, in dem verlangt wird, dass man die Mitarbeit im Ernährungsamt aufnehmen solle, auch wenn dem A.K. nur 4 Vertreter zugebilligt werden. Der Antrag wird mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt und Festhalten an 5 Mitgliedern beschlossen.

Wohnungsfrage. Es referiert Reinhard. Er verlangt, dass der Bund durch die Gemeinden die Genossenschaften unterstütze. Der Zinsfuß dürfe nicht mehr als $2\frac{1}{2}\%$ nebst einer Amortisationsquote von 1% betragen. Den Bundesbehörden sei durch die Gemeinden ein Kontrollrecht einzuräumen. Die leerstehenden Wohnungen sollen beschlagnahmt werden und es darf der Bund keine Wohnungen für Bureauzwecke mehr beanspruchen.

Genosse Düby wird mit der Vertretung dieser Angelegenheit vor dem Bundesrat beauftragt.

Kartoffelfrage. Schneider vertritt die Meinung und wird darin von Huggler unterstützt, dass einmal dahin zu wirken ist, dass die Ration vergrößert wird, zweitens dahin, dass die Kartoffeln an alle Konsumenten zum Preis von 20 Fr. per Doppelzentner abzugeben seien. Schneider wird mit der Vertretung der Frage beauftragt.

Brotration. Dürr macht darauf aufmerksam, dass in letzter Zeit versucht werde, die Kategorie der Schwerarbeiter herabzudrücken, dass die gewährte Ration überhaupt zu gering sei und man energisch für eine Erhöhung eintreten müsse. Es wird ihm die Behandlung dieser Frage überwiesen.

Verteilung der Monopolwaren. Dürr berichtet, dass eine Kommission eingesetzt sei zur Neueinteilung der Rationierung unter Berücksichtigung der verschiedenen Bevölkerungskreise. Der Bundesrat sollte Auskunft darüber geben, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Graber ergänzt diese Mitteilungen. Er wird als Sprecher beim Bundesrat bezeichnet.

Erweiterung der Notstandsaktion. Huggler ist dafür, dass sowohl eine Erweiterung des Kreises der Berechtigten als ein Einbezug weiterer Artikel erfolgen sollte. Graber ist insbesondere dafür, dass der Bund seine Hilfsaktion in der Weise auf die Gemeinden ausdehnt, dass es ihre Unterstützungsaktion zur Beschaffung von Schuhen und Kleidern für Kinder subventioniert. Düby berichtet über die Behandlung dieser Frage in der Notstandskommission. Dürr hält die Ansicht von Graber für der näheren Prüfung wert. Auf Antrag Schneider wird beschlossen, die Grenzen der Bezugsberechtigten um 30% heraufzusetzen. Dr. Woker wird beauftragt, die Frage vor dem Bundesrat zu vertreten.

Deserteurfrage. Die Angelegenheit ist durch Schreiben vom Bundesrat erledigt.

Die Forderungen der christlichen Gewerkschaften. Dürr: Es handelt sich darum, dem Bundesrat zur Kenntnis zu bringen, dass wir es als Anmassung betrachten, wenn die Christlichen in allen Kommissionen Vertretungsrecht verlangen. Sie verfügen laut eigenem Bericht über 4620 Mitglieder. Ferner muss dem Bundesrat beigebracht werden, dass wir von der Frage der Gewinnbeteiligung nichts wissen wollen, dass somit jede gesetzgeberische Arbeit nach dieser Richtung überflüssig ist.

Ilg wird mit der Vertretung beauftragt.

Schluss der Sitzung 2 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Der Protokollführer:

Karl Dürr

Protokoll

der

20. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstag, den 6. November 1918, vormittags 10 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Bern.

Traktanden:

Appell, Protokoll, Stellungnahme zur allgemeinen Lage.



Appell: Anwesend sind die Genossen: Grimm, Ilg, Schürch, Kaufmann, Huggler, Schneider, Dr. Woker, Düby, Dürr. Entschuldigt wegen Krankheit Graber. Reichmann hat schriftlich seine Demission gegeben, weil er mit der eingeschlagenen Taktik nicht einig gehe.

Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.

Allgemeine Lage. Ilg erläutert, warum eine Sitzung notwendig war. In einem Teil der Presse hat gegen das A.K. eine Hetze eingesetzt, auch die Demission Reichmann sei darauf zurückzuführen. Es werden Fragen zur Diskussion gestellt wie der Achtsturentag, die nicht nur die Partei angehen. Auch der Konflikt mit dem Ernährungsamt sollte endlich einer Lösung zugeführt werden.

Grimm ist einverstanden mit dem Präfang der Situation, doch dürfe nicht nur auf Zürich abgestellt werden. Es könne sich sehr wohl zeigen, dass Zürich isoliert sei. Er skizziert die momentane politische Lage und die Folgen, die daraus erwachsen können und stellt ein entsprechendes Programm für die nächste Zukunft zusammen. Es enthält: Neuwahl des Nationalrates, Frauenstimmrecht, Arbeitspflicht, Verkürzung der Arbeitszeit und anderes mehr. Grimm ist auch mit der Einberufung einer Konferenz zwischen Gewerkschaftsausschuss und Geschäftsleitung einverstanden, um festzustellen, welche Rolle man dem A.K. zuweisen will.

Dürr erklärt, es könne so, wie es jetzt sei, nicht mehr weitergehen. Die ganze Tätigkeit des A.K. sei lahmgelegt durch die elenden Anrempelungen, wie sie vom BVolksrecht und einigen Genossen betrieben werde. Die Geschäftsleitung habe die Pflicht, das A.K. zu decken oder aber die Aufhebung zu beantragen. Wenn der jetzige Zustand weiter bestehen soll, müsse man sich für die gänzliche Aufhebung des A.K. erklären.

Schneider: Das A.K. oder eine analoge Institution sei heute notwendig. Davonzulaufen wäre das Allerungeeignetste. Wenn erklärt werde, man habe Fiasko gemacht, weil das Programm zu vielseitig gewesen sei, so könne man darauf verweisen, dass die gleichen Leute nach der Milchpreiskampagne erklärt haben, das Fiasko rühre davon her, weil man sich auf einen Punkt beschränkt habe. Es wird versucht, die Massen mit Schlagworten irrezuführen. Redner ist dafür, dass, wie er es schon früher angeregt hat, in einer Broschüre die bisherige Tätigkeit beleuchtet und neue Programmforderungen begründet werden, die man dann zur Diskussion stelle. Er will die Arbeit dem Genossen Grimm übertragen, der schon einen ähnlichen Auftrag von der kantonalbernerischen Geschäftsleitung der Partei übernommen hat.

Kaufmann unterstützt die Ausführungen Schneiders und regt noch einige Erweiterungen des Programms an, so hinsichtlich der Beschlagnahme von Geschäftsgewinnen.

Huggler hat ebenfalls das Bedürfnis nach einer Programmschrift. Es sei notwendig, dass die Arbeiterschaft der Schweiz geschlossen zusammengelaten werde. An der zerfahrenen Situation sei vielfach der Unmut, die eigenen Interessen besser zu fördern. Auch von Russland her werde versucht, unsere Bewegung zu beeinflussen. Solche Leute fänden Anklang bei allen Unzufriedenen. Ueber die Durchführbarkeit der Aktion geben

sie sich keine Rechenschaft.

Es wird beschlossen, Grimm mit der Ausarbeitung der Broschüre zu beauftragen.

Desgleichen soll in nächster Zeit über die Stellung des A.K. an einer gemeinsamen Konferenz von Gewerkschaftsausschuss und Parteileitung gesprochen werden. Grimm gibt Auskunft über eine Besprechung mit de Goumoens, der nun den Vorschlag macht, den Genossen Naine in Genf als fünften Vertreter in Vorschlag zu bringen, dem der Bundesrat zustimmen könne. Dürr ist der Meinung, dass man das billiger hätte haben können. Er wolle dem Vorschlag nicht widersprechen, mache aber darauf aufmerksam, dass wir seinezeit darauf bestanden hatten, dass die Mitglieder des Beirates dem A.K. verantwortlich sein müssten. Ob das mit Naine der Fall sei, müsse erst festgestellt werden.

Ilg hält es für besser, wenn wir Naine nicht vorschlagen würden. Der Bundesrat könne ihn wählen und wir akzeptieren ihn dann.

Schneider glaubt, dass wir Naine als Vorschlag der Welschen präsentieren können, doch muss er eine Erklärung dahingehend abgeben, dass er dem A.K. verantwortlich ist und von ihm seine Instruktionen entgegennimmt.

In diesem Sinne wird beschlossen.

Nach einigen aufklärenden Mitteilungen des Gen. Grimm über die Massnahmen des Bundesrates gegen die Grippe, wobei Einstimmigkeit darüber besteht, dass das A.K. sich mit dieser Angelegenheit nicht befasst, wird die Sitzung um 12 Uhr geschlossen.

Der Protokollführer:

Protokoll der

21. Sitzung des Aktionskomitees, Donnerstag, den 7. November 1918, abends
10 ½ Uhr im Volkshaus in B e r n .

*

*

*



T r a k t a n d e n :

Stellungnahme zu den Truppenaufgeboten.

Apell. Ausser den Genossen Graber und Huggler sind alle Mitglieder anwesend. Als Gäste nehmen an der Sitzung teil einige Mitglieder des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes, das gleichen Tags in Bern eine Sitzung abgehalten hat.

Der Präsident bemerkt einleitend, dass wohl kaum jemand daran gedacht hat, dass wir so schnell wieder zusammenkommen müssen, nachdem das Bureau erst gestern den Auftrag erhalten hat, einen Bericht zuhanden einer gemeinsamen Konferenz auszuarbeiten. Leider habe sich durch ein gänzlich unmotiviertes Truppenaufgebot in Zürich die Situation so verschärft, dass er die telegraphische Einladung einer Sitzung für unumgänglich hielt. Er bringt eine Protesterklärung des Bureaus zur Verlesung, die genehmigt wird.

Mit dieser Protesterklärung wird indessen der Arbeiterschaft nicht geholfen. Die Aufregung ist allgemein gross und man warte darauf, dass das A.K. sich diesmal der Situation gewachsen zeige. Bereits werde von verschiedenen Seiten die Auslösung eines Landesstreiks verlangt.

In der nachfolgenden Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde insbesondere die Frage eines 24 stündigen Proteststreiks ventiliert, der etwa 20 der grössten Orte der Schweiz umfassen sollte. Es wurde geltend gemacht, dass diese ewigen Provokationen endlich einmal eine entschiedene Warnung entgegengesetzt werden müsse. Man habe aber auch zu berücksichtigen, dass das A.K. das Heft in den Händen behalte und nicht unkontrollierbare Elemente sich der Strasse bemächtigen wie das im November 1917 in Zürich der Fall war. Als Streiktag wurde der Samstag, 9. November in Aussicht genommen.

In der weiteren Diskussion wurde insbesondere betont, dass der Streik, gemäss seinem Charakter als Proteststreik, ausdrücklich als eine Warnung an die Adresse der die herausfordernden Truppenaufgebote erlassenden Behörden aufzufassen sei. Man habe bis jetzt auf der anderen Seite an einen Generalstreik nicht geglaubt und sich deswegen eine Behandlung der Arbeiterschaft herausgenommen, wie sie in dem Truppenaufgebot zum Ausdruck kommt. Sehen die Behörden, dass die Arbeiterschaft sich einmal geschlossen zur Wehre setzt, so werde vielleicht die Verhunft endlich einmal obsiegen.

Gegen die Opportunität des Streiks wurde geltend gemacht, dass sich vielleicht eine ebenso gute Wirkung erzielen liesse, indem man das Truppenaufgebot an seiner lächerlichkeit zugrunde gehen lasse und so die Unberücksichtigung der Massnahme nachweise. Diese letztere Meinung beliebte jedoch nicht und es wurde mehrheitlich beschlossen, einen 24 stündigen Proteststreik auf Samstag, den 9. November anzuordnen, an dem sich die nachfolgenden 19 Orte beteiligen sollten:

Basel, Bern, Zürich, Oerlikon, Schaffhausen, Winterthur, Arbon, St. Gallen, Aarau, Baden, Rorschach, Olten, Biel, Chaux de Fonds, Le Locle, Sables, Genf, Solothurn und Luzern.

Die Eisenbahner hätten den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Es wurden unverzüglich die Grundzüge zu einem Aufruf an die Arbeiterschaft festgestellt, der sofort ausgearbeitet und verschickt werden sollte.

Mit der Redaktion des Entwurfs wurde eine Subkommission beauftragt. Nach Erörterung einiger technischer Fragen über die Streikdurchführung wurde die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Der Protokollführer:

der Sitzung des Aktionskomitees Freitag, den 15. November 1918 vormittags
10 Uhr im Bureau des Metallarbeiterverbandes B e r n .

T r a k t a n d e n :

1. Appell 2. Situationsbericht



Appell : Anwesend sind die Genossen Grimm, Ilg, Schürch, Kaufmann, Huggler, Düby, Dr. Woker und Dürr.

Situationsbericht . Grimm konstatiert, dass der Streik einen glänzenden Verlauf genommen hat. Die Forderungen hätten auch in bürgerlichen Kreisen Anklang gefunden. Ob der Abbruch in dem Moment gerechtfertigt gewesen sei, darüber wird man noch zu diskutieren haben.

Jetzt gelte es, den Kampf in schärfster Weise fortzusetzen. An alle Organisationen sollte zunächst eine Umfrage über Umfang und Verlauf des Streikes gerichtet werden, das Ergebnis der Umfrage sei dann zu verarbeiten und zu publizieren.

Infolge der persönlichen Stellung, in die er zum Bundesrat geraten sei, habe er als Mitglied des Ernährungsamtes und als Mitglied der parlamentarischen Kommission für den Nationalratsproporz demissioniert. Die Anwesenden möchten sich auch zu dieser Sache äussern.

Ueber das Ergebnis des Streiks und die weiteren Richtlinien der Bewegung sollte ein Kongress erfragt werden, der etwa im Januar stattfinden könnte. Die anlässlich der Generalstreikdebatte im Nationalrat gehaltenen Reden unserer Genossen sollten im Druck vervielfältigt werden.

Huggler ist nicht der Meinung, dass es das rechte Mittel ist, wenn man jetzt aus einem Amte zurücktrete. Es müsse jeder die Rolle übernehmen, die ihm zugewiesen werde, es gehe nicht an, dass die Einen sich als Radikalen der Verantwortung entziehen, während die Andern die unangenehmsten Aufgaben zu erledigen haben. Kein Mitglied darf eigenmächtig ein Amt ablegen, alles muss getan werden, um die Zahl der Opfer zu vermindern.

Düby: Die Nebenregierung im V.S.E.A. habe den Verbandsausschuss wieder einmal herumgebracht, so dass dieser telegraphische Weisung gegeben habe, den Dienst sofort wieder aufzunehmen. Diese Weisung ist aber vielerorts zurückgewiesen worden, weil man ohne die Unterschriften von Düby und Dr. Woker die Arbeit nicht aufnehmen wollte. Düby hat nun auf Bitten des V.A. als Beauftragter des A.K. seine Unterschrift gegeben.

Ilg hat die Abstimmung über den Streikabbruch bedauert, ein einstimmiger Beschluss hätte mehr Eindruck erweckt. Die Ansicht darüber, dass nicht mehr herausgeholt werden könne, war einstimmig. Die Abbruchfrage war daher nur eine Frage der Taktik.

GrosPierre wünscht, dass man dem Bundesrat das Verlangen stellt, auf die Unternehmer dahingehend einzuwirken, dass Aussperrungen und Massregelungen unterbleiben.

Dürr ist der Meinung, dass bevor man von der Aufnahme eines neuen Kampfes rede, der alte erst liquidiert werden müsse. Zunächst müssten die Gewerkschaften Stellung nehmen und sich darüber klar werden, ob der Organisationsaufbau anders organisiert werden muss. Es sei ausgeschlossen, dass man die Arbeiter nur so ohneweiteres zum Streike kommandieren und den Gewerkschaften lediglich die Unterstützung der Opfer überlassen könne.

Ryser hält eine Aussprache zwischen den Organisationen und den Redaktionen der Presse für nötig, damit eine gewisse Einheitlichkeit erzielt werde und es nicht mehr vorkomme, dass man sich in den Zeitungen gegenseitig herunterreisst.

Düby glaubt, es sei notwendig, dass sich das A.K. speziell mit der

Zürcher Angelegenheit beschäftige. Es sei mitgeteilt worden, dort werde weiter gestreikt.

Grimm ist der Meinung, wir sollten uns vorläufig mit der Zürcher Angelegenheit nicht beschäftigen, da noch kein offizieller Bericht vorliegt. Ueber die Stellung des A.K. müsse der Arbeiterkongress entscheiden. Dadurch, dass wir zu allen Fragen rechtzeitig Stellung nehmen, können wir Autorität erlangen.

Ilg teilt mit, dass die Sekretäre des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes während der Dauer des Streiks keinen Lohn beziehen.

Grimm ist der Meinung, dass diejenigen, die Tag und Nacht auf den Beinen gewesen sind, zum mindesten für ihre Baranlagen entschädigt werden müssen.

Kaufmann schlägt die Aeuftung eines Massregelungsfonds für solche Gemassregelte vor, die keiner Gewerkschaft angehören.

Es wird beschlossen : Eine Enquete über den Umfang des Streiks durchzuführen, auf Anfang nächsten Jahres einen Arbeiterkongress in Aussicht zu nehmen und von der Aeuftung eines Massregelungsfonds vorläufig abzusehen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

Der Protokollführer:

11/2

Protokoll
23. der Sitzung

1918

des Aktionskomitees, Montag, den 16. Dezember nachmittags 3 Uhr im Bureau
des Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, B e r n

Anwesend sind die Genossen Allgöwer, Dürr, Grimm, Ilg, Kaufmann, Huggler,
Graber, Schürch und Belina, entschuldigt Düby und Dr. Woker.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Ernährungsamt. G r i m m rekapituliert den bisherigen Gang der Verhandlungen mit dem Bundesrat und ist der Meinung, dass wir nun, nachdem über unserem Kopf statt des von uns vorgeschlagenen Gen. Huggler Genosse Lang - Schürch gewählt wurde, darauf nicht eintreten können. Lang fragt schriftlich an, wie er sich zu verhalten habe.

H u g g l e r ist für Ueberweisung der Angelegenheit an den Kongress.

Kaufmann beantragt, bis zum Entscheid keine Sitzungen des Ernährungsamtes zu besuchen.

D ü r r kommt auf die Erklärung Hugglers im Volksrecht zu sprechen, wo dieser erklärte, von dem Vorschlag an den Bundesrat überhaupt nichts gewusst zu haben.

G r i m m erklärt, er habe bereits eine Richtigstellung in der Presse erlassen, in der er ebenfalls zu dieser Frage Stellung nimmt. Tatsache ist, dass Huggler um den Vorschlag gewusst hat und mit ihm einverstanden war.

Arbeiterkongress. Die Traktanden werden folgendermassen festgesetzt: Wahl des Bureaus, Mandatprüfung, Ernährungsamt, Bericht über den Landesstreik (ohne Referat, Verweisung auf den gedruckten Bericht, dagegen Schlusswort des A.K.) Wiederaufbau und künftige Aktion der Arbeiterbewegung, Wahl des Aktionskomitees.

Die Referenzen sollen an der nächsten Sitzung, die Samstag, den 21. stattzufinden hat, bestimmt werden.

Ueber die ~~Besprechung der Anträge~~ eingereichten Anträge entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, aus der sich ergibt, dass im A.K. zwei Richtungen vertreten sind: die eine, deren Wortführer namentlich Genosse D ü r r ist, will den Schwerpunkt der Bewegung in die bisherigen Instanzen der Partei und des Gewerkschaftsbundes verlegen und dem Arbeiterkongress nur konsultativen Charakter geben, während die andere, für welche namentlich Genosse G r i m m spricht, die Beschlüsse des Arbeiterkongresses als bindend erklären und das A.K. dem Kongress unterstellen wollen.

Da eine Einigung vorläufig ausgeschlossen erscheint, wird beschlossen, eine Subkommission, der die Genossen Dürr, Grimm und Ilg angehören, mit der Ausarbeitung eines Antrages des A.K. an den Arbeiterkongress zu beauftragen. Der Entwurf soll der Samstagsitzung des A.K. unterbreitet werden.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Der Protokollführer:

Belina